

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,20 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfg frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,20 Mk. pro Quartal. Unter Druckband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Verzeichnisse für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verlags-Druckerei
Ant. v. Br. 4189.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 29. April 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Mai eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,
wöchentlich 28 Pfennige.**

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2,20 Mark für die Monate Mai und Juni

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.) Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflichst, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Die Redaktion und Expedition des
„Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

„Soziale“ Steuerreform.

Die Miquel'sche „Steuerreform“ in Preußen ist doch ein herrliches Ding. Wer's nicht glaubt, der lese den Bericht, den die betreffende Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses vor kurzem über das Gemeinde-Abgaben-Gesetz erstattet hat, und die Verhandlungen, die in der Kammer am Dönhofsplatz letzten Montag über städtische Verbrauchs- und Miethssteuern stattgefunden haben. Aus dem Bericht und der Verhandlung kann jeder, der sehen will, erkennen, welchen Scherz sich der alte Kommunist, der jetzt auf dem Sessel des preussischen Finanzministers sitzt, mit der „sozialpolitischen“ Tendenz seiner Reform leistet, das arbeitende Volk wird wieder gründlich hineingelegt!

Schon in der Kommission, die über das neue preussische Gemeinde-Abgaben-Gesetz berieth, trat die Seelengemeinschaft der angeblichen „Reform“-Regierung mit der verstocktesten Reaktion und Volksfeindlichkeit auch in Sachen der Gemeindesteuern zu tage. Miquel hörte es dort ruhig mit an,

wie ein „Volksvertreter“ mit lähmer Stirne behauptete, man sei während der letzten Jahre „in der Entlastung der unteren Klassen schon sehr weit, vielleicht zu weit gegangen“. Deshalb habe eine Ausdehnung der Verbrauchssteuern für städtische Zwecke durchaus nichts Bedenkliches. Die Tendenz der „sozialen Gerechtigkeit“, welche Miquel mit seiner Reform angeblich verfolgt, erlaubte es ihm, diesen frechen Hohn auf die tatsächlichen Verhältnisse unwidersprochen zu lassen. Jene Behauptung von der „Entlastung“ angesichts der fortgesetzten Auspöckerung des Volkes zu gunsten der Großgrundbesitzer und Fabrikanten ist eine jener Aeußerungen, die gemeiniglich nur am Vorabend großer Umwälzungen gethan werden, wenn sich die Macht-haber nur noch durch Lüge und Trug retten zu können glauben. Man ließ es also in der Kommission bei der Empfehlung des Miquel'schen Entwurfs, die preussischen Gemeinden möchten nur wacker Verbrauchssteuern für das zahlende Volk einführen: erst hat der große Haufen den Zoll seiner Armuth zu entrichten; dann kommt erst die direkte Steuer für die Vermögenden. Man ließ es bei der elenden Scheinliste, nach welcher Fleisch, Getreide, Mehl, Backwerk, Kartoffeln und Brennmaterialien auf den ersten Blick frei bleiben müssen von jeglicher Gemeindeabgabe, in Wirklichkeit aber nur — nicht höher als bisher und nicht neu besteuert werden dürfen. Petroleum, Salz, Milch, Schmalz, Butter, Bier, darf dem armen Manne von jedem Stadtverordnetenkolleg, in dem die Wählerbürger sitzen, künftig bis zum Unersehlichen verteuert werden durch ein städtisches Oltroi — Miquel mit seiner „sozialen Steuerreform“ und das Abgeordnetenhause haben nichts dagegen. In der Verhandlung vom 24. April verräth Miquel sogar ganz offen, weshalb er die Scheinliste der angeblich steuerfreien Gegenstände ruhig habe aufstellen können. Weil „eine Kontrolle dieser Steuern sehr schwierig und kostspielig, auch verkehrshindernd ist“ und deshalb kaum eine noch so bürgerliche Stadtverwaltung an Auflagen auf Brot, Fleisch oder Brennmaterial denkt — das sind die Gründe der scheinbaren Freilassung, beleiße aber kein Verständnis für den Nahrungsstand des Volkes! Bei der ganzen Reform entscheidet das Steuerfiskalische, „ob sich's lohnt“, sonst weiter nichts. Lohnt sich's, so wird gepreßt, wo es nur geht. Und da sich Verbrauchsabgaben von Getränken für Städte nach Ansicht Miquel's sehr lohnen, so giebt er sie völlig der Besteuerung preis und die dankbaren Bürgermeister empfangen die volksfeindliche Steuerweisheit beglückt aus seinen Händen. Eine Biersteuer kann man in den Städten, die namentlich das Bier per Bahn von außen beziehen, sehr wohl durch Buchkontrolle führen, und eine Ueberwachung der (städtischen Extra-) Branntweinsteuer . . . ist auch möglich.“ So sagte der alte Kommunist am Montag, so ist sein Schröpfprogramm für Städte beschaffen und solche Ausschüften eröffnen sich für die „schon viel zu weit entlasteten“ Proletarier in den preussischen Städten unter der „Reform“, Vera Miquel!

Aber bei dem Kapitel der Wohn- und Miethsteuer übertraf sich der Meister der Steuer„kunst“ doch noch selber. Die Miethssteuern, voran die erbärmliche Berliner, drücken einen Theil des Mittelstandes und der Besitzenden auch thätig mit. Hier lag im Abgeordnetenhause ein Antrag vor, spätestens am 1. April 1900 alle Miethssteuern aus preussischen Städten verschwinden zu lassen. Dieser Antrag wurde am Dienstag angenommen, womit freilich noch nicht gesagt ist, ob die Agrarier diesen einzigen verständigen Beschluß, der bis jetzt bei der zweiten Beratung gefaßt wurde, in der dritten Lesung bestehen lassen. Jedenfalls wurde der Antrag angenommen gegen den Finanzminister, der sich mit folgender tabulistischen Ausführung für die Miethsteuer ins Zeug legte. Gott behüte, daß die Staatsregierung den häßlichen Charakter der Miethsteuer verkenne! „Im großen ganzen wird man sagen können, daß . . . eine gleiche, nicht progressiv Miethsteuer eine unverhältnismäßige Belastung der unteren und unbemittelten Klassen ist“. Wir sind ferner überzeugt, daß allerdings die Lösung der Wohnungsfrage, die von so eminenten Bedeutung ist, durch eine unzumuthige Miethsteuer in hohem Grade erschwert wird.“ Das war der Honig, der der „sozialen Steuererechtigkeit“ geopfert werden mußte. Als dies aber mit jenen schönen Worten geschehen war, brach die bürgerliche Steuerbrutalität ungenirt wieder durch: „Andererseits haben wir doch anerkennen müssen, daß unter gewissen Umständen in einzelnen Gemeinden eine zweckmäßig eingerichtete Miethsteuer ein geringeres Uebel ist, als wenn man diese Gemeinden bei Mangel an anderen Hilfsquellen in solchen Fällen, namentlich auch wo Getränkesteuer nicht möglich sind“ (die waren aber doch als so vortrefflich möglich vorher von demselben Minister bezeichnet worden!), „zu einer ganz übermäßigen Steigerung der Zuschläge zur Einkommensteuer drängt, welche häufig ihre Lage durch den Wegzug der Bemittelten noch verschlechtern.“ Miquel hätte einige Minuten später gar kein Wort mehr darüber zu verlieren brauchen, daß er gegen die Uebertragung der jetzt in preussischen Städten aus der Miethsteuer einkommenden 12 Millionen auf die Einkommensteuer sei — als er den Schurz der „Bemittelten“ und die Angst vor deren Wegzug proklamirt hatte, lagen seine Karten ja schon offen; er treibt eben „soziale gerechte Steuerreform“ für — Bemittelte!

Lieberoll wird also dem preussischen Proletarier seine „unverhältnismäßige Belastung“ durch Mieth-, Bier-, Branntwein-, Petroleum- und andere Verbrauchssteuern erhalten und womöglich erhöht werden, wenigstens, soweit es an Herrn Miquel und dem Produkt des „elendesten aller Wahlsysteme“, den preussischen Bourgeoisstammern, liegt. Auch hier sorgen die Besitzenden höchst eigenhändig dafür, daß die schreiende Ungleichheit möglichst groß werde, die über kurz oder lang das Gefäß zum Ueberlaufen bringt.

Feuilleton.

(Abdruck verboten.)

(75)

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnial.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

In den letzten vier Tagen hatte sie überhaupt nichts von Andrej erhalten. Der verhängnisvolle Zufall in dem Hause des Stotterers, der alle ihre Pläne und Aussichten zerstörte, die Hinrichtung der vier Freunde und alles, was folgte, hatte Andrej's Geist dermaßen verwirrt und so vollkommen in Anspruch genommen, daß er seine stumme Korrespondenz einstellte; da er täglich und stündlich nach St. Petersburg abzureisen gedachte, schrieb er dieser kleinen Unterlassung keine Wichtigkeit zu. Leuten, die persönlich in Gefahr leben, zumal, wenn sie daran gewöhnt sind, fällt es sehr schwer, sich die stündliche Angst derer vorzustellen, die fern von ihnen weilen und sich in verhältnismäßiger Sicherheit befinden. Ueberdies wußte Andrej, daß Gregor an Tanja schreiben wollte und er würde ihr sicherlich mittheilen, daß sie beide außer Gefahr wären.

Gregor hatte wirklich geschrieben. Doch trug dieser Brief nicht viel zu Tanja's Gemüthsfrieden bei. Er war in großer Eile geschrieben und Gregor hatte keine Zeit gehabt, unsichtbare Tinte oder Chiffren zu benutzen. Er wollte so viel sagen und erklären: die dringende Art der Angelegenheit, die Andrej zurückhielt, ihre gegenwärtigen Hoffnungen, die Aussicht einer schnellen Rückkehr — und er

mußte dies alles in die konventionelle, weitschweifige Sprache der Anspielungen und Allegorien hineinbringen. Das Resultat war eine Epistel, die ihm selbst so klar wie der Tag schien, für Tanja aber ein Räthselabyrinth war, da sie unmöglich wissen konnte, welche Sätze in direktem und welche in figurlichem Sinne aufzufassen wären. Nachdem sie sich stundenlang über seinen räthselhaften Brief den Kopf zerbrochen hatte, wußte sie nicht, ob etwas vorgefallen, das Andrej vor seiner Abreise ordnen wollte, oder ob Andrej etwas zugestossen sei und seine Freunde die Hoffnung hatten, alles zu ordnen — eine Hoffnung, über die es ihr zu stand, eine eigene Meinung zu haben.

Andrej selbst hatte nicht ein Wort geschrieben und seine Zeitung war ausgeblieben. Sie erwartete sie mit der größten Angst am Abend, um zu wissen, welche der beiden Dungen von Gregor's Brief sie für die richtige halten sollte. Am Abend kam nichts; ebenso wenig am Morgen oder an den beiden nächstfolgenden Tagen. Inzwischen überboten sich die Zeitungen in der Jagd nach sensationellen Nachrichten aus Dubrawnik. Andrej wurde das Lieblings-thema der Berichterstatter. Seine Verhaftung sollte in diesem und jenem Hause stattgefunden haben, auf der Straße und auf dem Bahnhof. Die kurze Beschreibung der verhafteten Personen stimmte oft nur ganz entfernt mit ihrem Manne überein. Der Einbildungskraft war freier Spielraum gelassen, um die dramatischen Einzelheiten über die Verhaftung und über das Betragen des Gefangenen zu ergänzen. Eine Zeitung hatte angeblich aus ganz authentischer Quelle erfahren, daß der Gefangene seine Identität bereits eingestanden habe; eine andere, daß er durch erdrückende Zeugenaussagen identifizirt sei; eine dritte Zeitung, daß er unter starker Eskorte bereits nach St. Petersburg geschickt wurde.

Die Massenverhaftungen bewiesen jedenfalls, mit welcher Wuth die Polizei nach ihm jagte. Andrej konnte sich nicht vervielfältigt haben und an so vielen Orten zu gleicher Zeit verhaftet worden sein. Konnte er aber frei sein, ohne ein Lebenszeichen von sich zu geben? Jedes neue Zeitungstelegramm schien ihr ein böseres Omen als das frühere und mußte, da alle anderen falsch waren, richtig sein. Das Lesen der Zeitungen war eine wahre Qual für sie. Und doch verschlang sie alle, die ihr in die Hände kamen. Die Blätter lagen über ihr Zimmer verstreut, und dieses sah aus, wie das Bureau eines Journalisten.

Die drei in solcher Angst verbrachten Tage hatten dieselben Wirkungen auf sie ausgeübt, wie eine ernste Krankheit. Ihr Gesicht war blasser und schmaler — ihre Augen glänzten feberhaft. Im Schlafe wurde sie von schrecklichen Träumen heimgesucht, hervorgerufen durch die Lektüre und die Gedanken, denen sie sich bei Tage hingab.

„Es ist geradezu wunderbar, daß er dieser Hölle ent-schlüpft ist,“ sagte sie zu David, als er ihr Andrej's Ab-entener erzählt hatte.

„Ja, sie machten sie ihm sehr heiß,“ erwiderte David. „Sie müssen es sich angelegen sein lassen, ihn für wenigstens sechs Monate davon abzuhalten, sich in dergleichen An-gelegenheiten wieder einzumischen. Er hat für lange Zeit jede günstige Aussicht, mit Ihnen thätig zu sein, verloren. Vor allem, lassen Sie ihn auf keinen Fall von St. Peters-burg fortgehen.“

„Ich werde mein Bestes versuchen,“ sagte Tanja lächelnd. „Ich fürchte nur, daß er hier nicht sicher ist.“

„Es ist jedenfalls der sicherste Ort,“ sagte David.

„Wo haben Sie ihn übrigens verlassen?“ fragte sie ängstlich, „hoffentlich doch nicht auf dem Bahnhofe?“

David erklärte, daß sie sich erst getrennt hätten,

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. April.

Aus dem Reichstage. Die Fortsetzung der Debatte über § 1 der Wucherergesetzesvorlage brachte heute Szenen, wie man sie sonst nur von den Parlamenten der heißblütigsten Nationen zu lesen bekommt. Es waren die Herren Antifemiten, und von diesen speziell wieder Herr Liebermann von Sonnenberg, die einen Sturm vollbrachten und sich in Ausdrücken ergingen, wie sie sonst nur in den Kreisen der Kordwie heimisch sind. Nach dem bekannten Worte, daß es so aus dem Walde herauschallt, wie man in denselben hineinknirscht, zahlten unsere Genossen Stadthagen und Kunert die antifemistischen Pöbeleien mit Hiss und Rufeiseln heim. Erreicht wird durch derartige Szenen allerdings gar nichts, und wir glauben mit unserer Empfindung nicht allein zu stehen, daß schon aus politischen Keilkeilsrückichten unsere Vertreter es in Zukunft unterlassen werden, sich wieder mit einer Persönlichkeit, wie Liebermann von Sonnenberg eine ist, in eine Auseinandersetzung einzulassen. Rordby-Gewohnheiten und -Sprache gehören in Rordby-Gesellschaft, aber nicht in den Reichstag. Ist aber einmal ein Individuum dieser Gattung, wie Abg. Kunert treffend bemerkte, in eine Unflut für sittlich Verwahrloste, in den Reichstag gelangt, so ist es das Beste, man vermeidet es, in irgend welche Berührung mit diesem Subjekt zu kommen. Wer mit Recht umgeht besubelt sich; wird dieses Wort in Zukunft beachtet, so sind Szenen, wie der Reichstag sie heute erlebt hat, unmöglich. Nachdem diese Radaudebatte beendet war, fanden die einzelnen Paragraphen der Wucherergesetzesvorlage mit großer Majorität Annahme. Geschlossen stimmte nur der Freisinn dagegen.

Dem Reichstag ist ein zweiter Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1892/93 zugegangen, der mit der Gesamtsumme von 6 500 000 Mark abschließt und darauf beruht, daß die Veranschlagung des Bedarfs zur Beschaffung der Brot- und Fouragenaturalien sowie zur Viktualienversorgung im Etat des Reichsheeres für 1892/93 zu Grunde liegenden Durchschnittspreise infolge der Preissteigerungen sich als unzureichend erwiesen haben. Von der geforderten Summe entfallen auf Preußen, Sachsen und Württemberg zusammen 5 748 088 M., auf die Militärverwaltung von Bayern 751 917 M. Trotzdem klammert sich die Regierung krampfhaft an die Schutzzölnerci. Warum? Weil die Zölner es wollen. —

Die Militärvorlage. Während das Heerwesen viele Hunderte von Millionen verschlingt, hat der Staat für wirklich produktive Ausgaben nichts übrig. Der Petitionsbereich der Unterrichtscommission des preussischen Abgeordnetenhauses giebt darüber guten Aufschluß. Preußen giebt für gewerbliches Unterrichtswesen, wissenschaftliche und gemeinnützige Zwecke im Ressort des Ministeriums für Handel und Gewerbe die Summe von 2 448 613 M. aus, wovon noch 120 000 M. durch eigene Einnahmen dieser Schulen gedeckt werden. Mit dieser geringfügigen Summe vergleiche man die Forderungen der neuen Militärvorlage. Von den dauernden Mehrkosten derselben entfallen weit über 40 Millionen Mark allein auf Preußen. Die 60 neuen Batterien Feldartillerie kosten, wie die „Freisinnige Zeitung“ betont, dreimal so viel zu unterhalten, wie der preussische Staat für das ganze gewerbliche Unterrichtswesen und die wissenschaftlichen und gemeinnützigen Zwecke im Interesse des Gewerbes ausgiebt. Der Regierungskommissar erklärte, es seien in Preußen jetzt nur 11 Baugewerkschulen vorhanden, nöthig seien 22. Auch das Bedürfnis nach anderen gewerblichen Fachschulen werde nicht befriedigt. Die gegenwärtige Finanzlage des Staates aber verhin dert nicht bloß die Errichtung neuer und die Verbesserung bestehender Fachschulen, sondern nöthige auch dazu, die Schulgelder zu erhöhen und die Zahl der Freistellen zu beschränken. Derselbe Kommissar ist bekanntlich bei dem Fortbildungsschulwesen, wo gleichfalls 10 pCt. Ausgaben „gespart“ werden sollen, dafür wird der Moloch Militarismus desto besser versorgt. —

Der „Reichs-Anzeiger“ benützt, daß der Kaiser sich mit dem Papst nicht über die Militärvorlage unterhalten habe, und erklärt des weiteren bezüglich der Blättermeldung, daß zwischen der Regierung und dem Centrum ein Verleib bestehe, welcher darauf abziele, für die Unterstüßung der Militärvorlage KonzeSSIONen auf kirchlichem Boden einzutauschen: „In den Besprechungen, welche zwischen dem Reichskanzler und hervorragenden Mitgliedern des Centrums über die Militärvorlage stattgefunden haben, ist niemals, weder von der einen noch von der anderen Seite, von solchem Handel die Rede gewesen.“ Kompromissell wird

nachdem der gefährliche Ort passiert war. Er begleitete Andrej und Gregor bis zu einer Pferdebahn, die sie gerade in das Hauptquartier bringen mußte.

„Nach dem Hauptquartier!“ rief Tanja mit kläglichem Stimm aus. „Man wird ihn dort sicherlich zurückhalten.“

„Nein, das wird man nicht. Gregor bleibt dort um ihnen alles zu erzählen. Andrej wollte nicht eine Minute mehr, als unbedingt nöthig ist, bleiben.“

„Wirklich?“ sagte Tanja erleichtert aufathmend. Für dieses Versprechen vergab sie ihm in einem Moment all die Anst, die er ihr durch das Unterlassen der täglichen Sendungen verursacht hatte.

„Es war sehr freundlich von Ihnen, daß Sie kamen, mich zu benachrichtigen.“ sagte sie zu David.

In ihrem Innern klang der Satz aber anders; es war sehr freundlich von ihm, daß er David darum gebeten.

Als Andrej seiner Schöpfung nach bald kommen mußte, verließ sie David. Als er sich von ihr verabschiedete, bat er sie, Einiges an Andrej auszurichten. Sie erinnerte sich dunkel es versprochen zu haben. Sicherlich hatte sie zum Zeichen der Zustimmung mit dem Kopfe genickt; doch als David fort war, wußte sie nichts von ihm und seinen Aufträgen; sie steckte sich hinter den Fenstervorhang, von wo aus sie die ganze StraÙe übersehen konnte.

Der Gedanke, daß Tanja seinetwegen unruhig sein könnte, dämmerte in Andrej's Geist erst auf, als der Zug die letzten paar Stationen vor St. Petersburg durchheilt. Er vermutete aber nicht einen Augenblick, daß ihre Besürchtungen ernster Natur gewesen wären. David, der diesen Weg so wie so gehen mußte, bat er sie zu besuchen, nur in der Absicht, Tanja vom Verlassen des Hauses zurückzuhalten, falls sie dies vor hätte.

(Fortsetzung folgt.)

also doch. Der amtliche „Reichs-Anzeiger“ stellt fest, daß Centrumsführer auf den Ruhhandel aufgeben.

Gegen die Widersacher der Militärvorlage macht die „Königliche Zeitung“ mit bodenloser Fr-eimüthigkeit geltend, es handle sich ja lediglich darum, dem deutschen Volk einige lumpige Millionen Mark Steuern zu ersparen.“ Wenn die Schlotbarone und Gebirnen Konsumrenten aus ihrer Tasche diese „lumpigen Millionen“ aufbringen wollen, so mögen sie es thun. Freilich, ihre Tasche fällt sich nur dadurch, daß sie das arbeitende Volk schmählich ausbeuten. —

Wie der Militarismus auf das Landvolk drückt, dafür zeugt eine der Petitionskommission des Reichstags zugegangene Petition aus der Gifel (Kreis Akenau), in welcher über die unzureichende Entschädigung für die Mandoverlast, die durch die häufige Wiederkehr der Mandover im Bereiche derselben Gegend noch ganz besonders erschwert werde, lebhaft Klage geführt ist. Es wird in der Petition ausgeführt, daß der Serwis pro Mann und Tag von 8 Pfennigen ganz und gar unzureichend sei als Entschädigung. Die arme Bevölkerung der Gifelstädter habe selbst für die eigene Familie nur nothdürftige Lagerstätten und müsse diese zu Gunsten der Einquartierung oft räumen. Da die Häuser überhaupt nur eine Feuerstätte hätten, so müsse der Quartiergeber, zumal er während der Erntearbeiten, in welche die Mandover meist fielen, in der Regel mit den bei ihm einquartierten Mannschaften gleichzeitig vom Felde heimkehren, diesen die Mahlzeiten zusammen mit der eigenen bereiten. Dies bedinge, daß er den Soldaten auch das Material zu den Mahlzeiten liefern müsse, da die Magazinfürsorgung an die Soldaten in der Regel zu so später Stunde erfolge, daß die Benutzung derselben am Tage der Lieferung unthunlich sei. Eine achtfache Erhöhung des Serwisfahes wäre unter solchen Umständen seine überreiche Entschädigung. Der Vertreter der Militärbehörde gab bei der Beratung der Petition in der Kommission zu, daß die Gifelgegend sich am meisten in der Rheinprovinz zu Mandovern eigne. Aber eine etwaige Erhöhung der Serwisentschädigungsbeträge im Militärretat würde ein Mehr von vielen Millionen erfordern. Es seien Verhandlungen eingeleitet zur Herbeiführung des etwaigen Ausgleichs mit den anderen Theilen der Rheinprovinz aus Provinzialfonds. Die Kommission erkannte die Beschwerde der Petenten im ganzen Umfang als begründet an. Es liege unweifelhaft ein Uebelstand vor, welcher der Abhilfe dringend bedürftig sei. Andererseits vergegenwärtigte sich die Kommission, daß die zeitige Finanzlage des Reichs und der Augenblick, wo leitens der verbündeten Regierungen große Mehraufwendungen für die Wehrkraft des Landes in Anspruch genommen würden, es bedenklich erscheinen ließen, eine Ueberschneidung der Naturallieferungs-Gesetzes in einem Sinne zu fordern, welcher ebenfalls große Mehrausgaben erheischen würde. In anberochten und der schwebenden Verhandlungen über einen Ausgleich der Mandoverlasten durch Provinzialfonds begünstigt sich die Kommission, die Petition dem Reichskanzler zur Kenntnisknahme zu überweisen. — Die Petenten, schreibt die „Germania“ treffend, deren Klage als vollberechtigt von allen Seiten anerkannt ist, haben also nur deshalb nicht auf die erhoffte und verdiente Berücksichtigung zu rechnen, weil weitere, bedeutende Mittel zur Vergrößerung der ohnehin schon kaum mehr zu ertragenden Steuerlasten gefordert werden. Und da will die offizielle Presse noch glauben machen, die Militärvorlage finde im Volke „immer mehr Anklang“! —

Die Tauglichkeit zum Militärdienst. Wie unsere Leser wissen, hatte ein offenbar sehr sachkundiger Mitarbeiter der „Hamburger Nachrichten“ die Ergebnisse des diesjährigen Musterungsgeschäfts einer eingehenden und ungnädigen Kritik unterzogen. Wenn er zu dem Schlusse kam, daß man nehme was kriechen könne, so bestritten die Mittheilungen aus verschiedenen Theilen des Reichs seine Auffassung. Der „Reichs-Anzeiger“ hatte einen von uns gleichfalls gewürdigten Abschwächungsversuch jener Kritik unternommen. Gegen diesen und vor allem gegen einen in gleicher Richtung sich bewegenden Artikel der „Post“ wendet sich nun in der Freitag-Ausgabe der „Hamburger Nachrichten“ der Fachmann, und schließt seine treffenden Auseinandersetzungen mit dem Hinweis darauf, daß beim diesjährigen Musterungsgeschäft anders wie früher, d. h. nach „neuen Direktiven“ verfahren worden ist. „Nach denselben“, heißt es, „werden eben die bedingt Tauglichen, welche bisher in der Regel der Ersatzreserve überwiesen wurden und nur ausnahmsweise ins aktive Heer eingestellt werden konnten, in weit größerer Zahl als früher für den aktiven Dienst designirt. Dem gegenüber erscheint der lange Artikel im „Reichs-Anzeiger“ als Wortklauberei; er kann an der Thatsache nichts ändern, daß bei der Musterung mit Rücksicht auf die 60 000 Mann mehr, welche die Militärvorlage in Aussicht nimmt, nicht mehr mit der alten Strenge verfahren wird, welche die bisherige gute Qualität des Heeres gewährleistete.“ —

Wilhelm II. und Ledochowski. Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt in seiner heutigen Ausgabe im nicht-amtlichen Theile:

„Die Form, welche die „Königliche Volkszeitung“ einer an den Kardinal Ledochowski gerichteten huldreichen Aeußerung des Kaisers giebt, ist vollständig erfunden.“

Was der Kaiser gesagt hat, darüber schweigt das amtliche Organ. Ist nun die erste Bedart richtig? —

Bundesräthliches. In der am 27. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Reichshaushalts-Etat für 1892/93, und dem Entwurf von Bestimmungen, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Siegeleien, die Zustimmung erteilt. Der Antrag Badens, betreffend die Aenderung der Statuten der „Badischen Bank“, und der Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung des Gesetzes vom 1. Juli 1872 über die Gebühren und Kosten bei den Konsulaten des Deutschen Reichs wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen. Endlich wurde über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuerangelegenheiten Beschluß gefaßt. —

Junckerliche Sozialreform. Dem „Berliner Tageblatt“ schreibt man:

In Bukow auf dem Mittergute werden ca. 40 polnische Arbeiter, sogen. Schnitter, beschäftigt. Diese Leute konnten ihre furchtbare schlechte Behandlung nicht mehr länger ertragen, denn sie werden wie Vieh gemißhandelt; sie beschloffen daher, alle zusammen zu fliehen, und führten dieses Vorhaben am Sonntage aus, indem dieselben mit einem Zuge nach Berlin kamen, um eventuell hier Schutz zu suchen. Raum wurde aber auf dem Gute die Flucht entdeckt, als ihnen sofort ein Telegramm hierher nachging, in welchem der Kriminalpolizei aufgegeben wurde, die Flüchtigen anzubalten und zu verhaften. Es wurden sofort zwei grüne Wagen nach dem Bahnhof geschickt, und beim Eintreffen des Zuges, mit welchem die Entflohenen ankamen, wurden dieselben sammt und sonders als Gefangene auf das Polizeipräsidium übergeführt. Dieser Augenblick der Verhaftung soll heutzutage gewesen sein; die Leute verstehen kein Wort deutsch, und kein Dolmetscher war zugegen, welcher ihnen hätte zur Seite stehen können, dabei zeigten sie durchweg ihre Körpertheile, wie

blau und braun mit fingerdicken Striemen sie durch Schläge mit Stöcken während der Arbeit traktirt worden sind.“

So löst der Hund der Woll und Wollu die Landarbeiterfrage. Striemen, braun- und blauegeschlagene Rücken, die ach! wie hilfsvollere Polizei, die dem Gutsbesitzer kraft des Gesetzes die „entlaufenen“ Hörigen zuführt! —

Zu dem Erkenntniß des Tümenauer Schöffengerichts, in dem gegen die Sozialdemokratie denkbar größte Beschuldigungen erhoben wurden, ohne daß sie zu dem abgeurtheilten Vergehen irgendwie Beziehungen hatte, bemerkt das Stöcker'sche „Volk“: „Wir sind der Ansicht, daß derartige Erkenntnisse das Segenthail von dem erreichen, was sie erreichen sollen. Sie züchten Sozialdemokraten. Schimpfen sollte der Richter nie, mag er Sozialdemokraten oder sonst wen vor sich haben. Außerdem halten wir es für ein Pharisäerthum ohnegleichen, wenn man den Sozialdemokraten besondere Sittenlosigkeit vorwirft. Die sozialdemokratische Presse hält sich von sittlich anstößigen Dingen jedenfalls zehnmal mehr frei, als die liberale. Und daß die Sittenlosigkeit in den sozialdemokratischen Massen größer sei, als bei den „oberen“ Ständen, ist durch nichts bewiesen. Im Gegentheil. Die „goldene Jugend“, die „Lebewelt“ kann man doch schwerlich der Sozialdemokratie zu rechnen.“ Was sich die „Krenz-Zeitung“, die mit junckerlicher Schnoddrigkeit das Urtheil bespricht, zu Gemüthe führen mag! —

Der „Kultur“-Kampf tobt der hysterischen Tante Woll durch die Aken, und dieses Fieber kennt nicht Maß noch Ziel. Das leitende Organ des Berliner Deutschfreisinn's schweigt in den Erinnerungen an jene Periode einer verwerflichen Ausnahme-Gesetzgebung, als die Katholikenhag üppig gedieh. Jene überzeugungstreuen Männer, die gleich dem prinzipienfesten Ledochowski der Bismarckischen Mittelpolitik muthig die Stirn boten und es vorzogen, in Ehren sich einzulernen und verbannen zu lassen, als sich schmählich zu unterwerfen, werden von dem Organ des Liberalismus in schänder Weise eben deshalb angegriffen. Eine deutsche freisinnige Zeitung ist es, die einem Gegner die gerichtlichen Verurtheilungen, die Gefängnisstrafen vorhält, die über ihn wegen seiner Uebersetzungstreue verhängt worden sind. Freilich, der Narben lacht, wer Wunden nie gefühlt, und der bitterweiche Weißbier-Liberalismus der Tante Woll behütet vor unliebsamen Zusammenstößen mit den Herrschenden. Ausnahme-Gesetze werden von ihr gebilligt, und die Urtheile jenes „Gerichtshofes für katholische Angelegenheiten“, eines Ausnahme-Gerichtshofes vom reinsten Wasser, der preussischen Sternklammer, erscheinen als Beweisgründe in den Auseinandersetzungen der Kulturkämpfer. Für eine solche Handlungsweise haben wir nur das Lächeln der Verachtung. —

Der Stumm theilt einem Berliner Antisemitenblatte mit, er habe „seinen Arbeitern“ das Halten von antisemitischen Zeitungen nicht verboten. Also dieser Ukas ist nicht erlassen worden. —

Bojkott und Boykott. Während früher die sächsischen Verwaltungsbehörden jeden Boykottirungsversuch als „groben Unfug“ unmaßsächlich ahndeten, scheint neuerdings, wie der „Frei. Ztg.“ geschrieben wird, eine andere Praxis nach dieser Richtung hin beobachtet zu werden. Allerdings handelt es sich nicht, wie früher, um Boykottirungsversuche von Sozialdemokraten, sondern um solche, die von antisemitischer Seite in Szene gesetzt werden. Der Stadtrath in Jittau hatte vor einiger Zeit die Statuten des daselbst neugegründeten „Reform“-Vereins nicht genehmigt, weil er in dem darin enthaltenen Passus, „daß die Mitglieder des Vereins nicht bei Juden und Judengenossen kaufen sollten“, eine direkte Aufforderung zum Boykott erblickte. Die Kreishauptmannschaft in Bautzen hat indessen jetzt auf die vom Verein eingeleigte Berufung die Verfügung des Stadtraths in Jittau aufgehoben, „weil die betreffende Statutenbestimmung als ein sog. Boykott nicht anzusehen sei, denn es fehle derselben der Charakter der Deffentlichkeit insofern, als hier nur die Verbindlichkeit einer bestimmten Zahl zu einem Vereine zusammengetretener Personen vorliege.“ Gleiches Recht für alle ist die Lösung! —

Eine Tartaren-„Berichtigung“. In der „National-Zeitung“, dem Blatte, das wenigstens in Einem seit seinem Bestehen konsequent gewesen, in seiner unanständigen Kampfesweise gegen den Sozialismus, liest man:

„Der Abgeordnete Stadthagen hatte im Reichstage behauptet, daß in der belgischen Armee eine Vereinigung von Unteroffizieren und Gemeinen entdeckt worden sei mit dem Zweck, im Falle eines Auftrahs nicht auf die Aufrührer zu feuern. Ein höherer Offizier theilt uns nun mit, daß er der Begründung dieser Behauptung nachgeforscht und die Nachricht von bestreudeter Seite aus der belgischen Armee erhalten habe, es sei kein wahres Wort an der Sache. Der Geist der Unteroffiziere und Soldaten sei durchaus gut, und die zahlreichen Beschäftigungsversuche der Sozialisten seien bis dahin stets an der Mannschaft abgeprallt. Die Geminnung derselben sei unbedingt zuverlässig, und nicht ein einziger würde „in die Luft feuern.“

Wir wissen nicht, aus was für Quellen dieser „höhere Offizier“ geschöpft hat. Er läßt aber sich so zugetragen, wie berichtet. Was sich z. B. in Tournai abgepielt hat, ist bekannt. Daß dem „höheren Offizier“ die „betroffene Seite“ über den Sachverhalt nichts mittheilt, ändert nichts an diesem Sachverhalt, der trotz aller „höheren Offiziere“ feststeht. Es ist natürlich, daß die belgischen Machthaber allen Grund haben, die peinliche Angelegenheit todtzuschweigen. Was ihnen fatal ist, erklären sie für „unwahr“, in Belgien wie bei uns. —

Wegen Gelächers ist eine Versammlung des neu gegründeten freisinnigen Vereins für die Kreise Neustadt, Rathaus, Puhig, welche in Neustadt in Westpreußen stattfand, von dem Bürgermeister März in Neustadt aufgeselbst worden. Mitten in der Abstimmung erklärte ein Chauffeur-Aufseher Ruhn mit erhobener Stimme, daß er es gewesen sei, der den Liberalen, wie Eingangs der Versammlung erwähnt wurde, einen Saal abgetrieben habe. Die etwas konfuse Ausführungen des Redners verhallten unter dem Gelächter der Versammlung. Da erhob sich

pöblich der Bürgermeister und erklärte die Versammlung für aufgelöst! —

Der Popanz. Wozu der Ahlwardt gut ist, das weiß die Reaktion gar wohl. Die Einen heißen Sturz des allgemeinen Wahlrechts, die Anderen Einschränkung der parlamentarischen Freiheit, die Dritten Ausnahmemaßregeln. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gräbt einen 1879 eingebrachten Freiheitsfeindlichen Antrag wieder aus, der sich gegen die Sozialdemokratie im Reichstage richtete. Danach sollte dem Reichstage eine „Strafgewalt“ über seine Mitglieder verliehen werden. Diese Strafgewalt sollte von einer Kommission ausgeübt werden, welche aus dem Präsidenten, den beiden Vizepräsidenten und zehn Mitgliedern am Anfange einer jeden Session zu bilden wäre, und zwar sollte je nach Schwere der Angelegenheit die von der Kommission zu verhängende Abmündung bestehen in 1. Verweis vor versammeltem Hause, 2. Verpflichtung zur Entschuldigung oder zum Widerruf vor versammeltem Hause, 3. Ausschluss aus dem Reichstage auf bestimmte Zeitdauer, welche letztere bis zum Ende der Legislaturperiode erstreckbar sein sollte.“ Ein bequemeres Mittel, die Opposition loszuwerden, gäbe es nicht. 1879 warf der Reichstag den Antrag in den Papierkorb. Aber die Rückschritter sind heuer hoffnungsfreudig und heraufbeschwören wie seit langer Zeit nicht. Das Jammergeschrei des Liberalismus, der in seiner Angst vor den Antisemiten zu allem zu haben ist, zeigt der Reaktion, wo sie ihre Stützpfeiler zu suchen hat. —

Aus Belgien. Der Senat genehmigte am 27. d. M., wie schon gestern kurz berichtet, mit 52 Stimmen gegen 1 Stimme, bei 14 Stimmenthaltungen, den neuen Art. 47 der Verfassung, nach welchem das Mehrstimmensystem nach dem Antrag Ruyssens eingeführt werden soll. Die Kammer hatte den Antrag am 18. ds. Mts. angenommen. Das plurale Wahlrecht tritt also in Kraft.

Als das angebliche „Attentat“ auf Buis, den brutalen Bürgermeister von Brüssel, verübt wurde — es war damals, als die Wahlrechts-Bewegung in hohen Wellen ging — meldeten wir schon, daß der „Attentäter“ kein Arbeiter gewesen sei, sondern ein Bourgeois im Seldenhut. Nun wird aus Brüssel berichtet: „Der Bürgermeister Buis ist von dem Angriff, dessen Opfer er am 16. d. M. geworden ist, vollkommen wieder hergestellt. Der Mann, der den Streich auf ihn führte, ist ein entlassener Polizei-Agent. Die That wäre also ein Akt der Privatrache und nicht auf das Kernholz der streikenden Arbeiter zu sehen.“ Oder aber ein Lockspiegel war über-eifrig?!

England. Ein Geisteskranker giebt in einem Park, durch den Gladstone zu gehen pflegt, wenn er sich heimbezieht, einen Revolverknall ab und wird festgenommen. Man findet unter Aufzeichnung bei ihm. Die von den Ulsterpatrioten künstlich geschürte Erregung läßt die Fabel glaubhaft erscheinen, ein Anschlag auf Gladstone, der zu der Zeit gar nicht im Park gewesen ist, sei beabsichtigt gewesen. Staatssekretär Asquith ersucht im Unterhause Serjeant, jedwede Anfrage hinsichtlich des vermeintlichen Attentates auf den Premier Gladstone, welches bereits zum Gegenstand einer richterlichen Untersuchung gemacht sei, angesichts des Ernstes der Sache zu vertagen. Der Präsident der Lokalausverwaltung, Fowler, erklärt, er hoffe in einigen Tagen eine Bill zwecks Gleichstellung der lokalen Abgaben in London einbringen zu können.

Das Unterhaus nahm die Bill, durch welche die Arbeitsstunden der Eisenbahnbeamten geregelt werden, in dritter Lesung an. Bei uns arbeitet die Sozialreform von Oben anders. Herr Thielen setzt die Bühne herab, entläßt Arbeiter, kontrolliert ihre politische Gesinnung und „spart“.

Italienisches. Die italienische Bourgeoisie, die sich aus öffentlichen Mitteln bereichert und die Massen ausplündert, hat ihre Bankkrise. Die Proletarier haben ihre Hungerkrisis. Der „Frankfurter Zeitung“ wird unterm 27. April gemeldet: Vierhundert Landarbeiter versuchten in die Stadt Ravenna einzudringen. Die bewaffnete Macht schloß die Thore, worauf erstere das Thor Manane theilweise erbrachen. Schließlich gelang es durch gütliche Ueberrückung, sie zur Rückkehr in die Landschaft zu bewegen. Die Lage ist ernst; man fürchtet, daß die Arbeiter in größerer Zahl wiedererlehen.

Der nordamerikanische Kongress wird, wie die „Times“ melden, im September zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werden. —

Parlamentarisches.

Zweite Sitzung der Kommission Ahlwardt. Die Kommission ist heute nicht wesentlich gefördert worden und zwar wiederum durch Verschulden des Herrn Ahlwardt. Wie im vorigen Bericht erwähnt, hatte Herr Ahlwardt sein Versprechen, den Referenten bei der Prüfung der Akten an die Hand zu geben, nicht gehalten, er hat dagegen aufs neue versprochen, heut Vormittag 9 Uhr im Reichstag anwesend sein zu wollen, um nunmehr seine Hilfe zu leisten. Herr Ahlwardt war diesmal auch anwesend, zur Ueberzeugung der beiden Referenten vermochte er aber nicht auf die an ihn gestellten Fragen bezüglich des Inhalts der Akten zu antworten; er bat, einen Herrn Plack, mit dem er gemeinsam die Akten studirt habe, zur Hilfe heranzuziehen zu dürfen. Nach einigem Widerstreben willigten die Referenten ein, Herr Ahlwardt vermochte aber den Herrn nicht herbeizuschaffen, weil derselbe mittlerweile fortgegangen sein sollte. Damit war die Prüfung des wüsten Haufens von Papieren, den Herr Ahlwardt als „Akten“ überreicht hatte, wiederum unmöglich. In der Kommission, die Vormittags 11 Uhr zusammentrat, wurde zunächst konstatiert, daß die Schicht des Briefes von dem Nummern Katalog, auf den Herr Ahlwardt ein so großes Gewicht gelegt, nicht bewiesen werden könne und vor allen Dingen der Brief nicht beweise, was er beweisen sollte. Herr Ahlwardt erklärte denn auch, daß er selbst nunmehr dem Briefe nicht die geringste Bedeutung zuschreiben könne. Alsdann ging die Kommission über zur Prüfung der Anlagen Ahlwardt's bezüglich des Invalidenfonds. Der Abgeordnete Cuny referirte über den Inhalt der von Ahlwardt übergebenen Broschüren und an der Hand der Verhandlungen im Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus in der Mitte der siebenziger Jahre. Er kam zu dem Resultat, daß die Broschüren, die Ahlwardt übergeben und die beide bereits im Jahre 1877 erschienen sind, durch den Stand des Invalidenfonds, wie er sich auf Grund der erstatteten Berichte an den Reichstag herausstellte,

widerlegt seien; anderes Material habe aber der Abg. Ahlwardt nicht beigebracht. Es entstand eine lebhafte Debatte, in der der Abg. Vizebach nachzuweisen sucht, daß die Auffassung Ahlwardt's über den Werth der Papiere, in denen seiner Zeit der Invalidenfonds angelegt worden, gerechtfertigt sei. Dem trat der Direktor Nischenborn aus dem Reichs-Schatzamt des Innern mit den zahlmäßigen Beweisen entgegen, aus denen hervorging, daß bei dem Verkauf der Papiere des Invaliden-, Festungs- und Reichstagsbau-Fonds, die sämtlich das Reichs-Schatzamt zu verwalten hatte, an 8400000 M. gewonnen worden seien. Bei den als ganz besonders schlecht bezeichneten Akten der Bahn-Darmstadt-Altenbeden habe das Reich beim Verkauf derselben noch einen Reingewinn von über 243000 M. gehabt. Hierauf referirte der Abgeordnete Dr. Porck über den Altenbestand bezüglich der Diskontobank. Er konstatierte im Einverständnis mit dem Korreferenten, daß die als besonders wichtig übergebenen Akten nicht Originale, sondern Kopien von der Hand des vielgenannten Reiskner seien, für deren Richtigkeit keinerlei Beweis vorliege. Reiskner selbst sei seit 14 Tagen verschwunden und befinde sich in Catania. Die Abschriften enthielten eine Menge orthographischer Fehler, theilweise fehlte das Datum, theilweise die Unterschriften, und soweit letztere vorhanden seien, ließe sich die Richtigkeit derselben nicht nachweisen. Als beweiskräftig löanaten die Papiere nicht angesehen werden. Des weiteren kam der Referent auf das Verhalten Ahlwardt's dem Referenten gegenüber zu sprechen, das er sehr verurtheilte.

Der Korreferent Abg. Webel erklärte sich allenthalben mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Schließlich beschloß die Kommission den Referenten anheim zu geben, inwieweit dieselben dem Wunsche Ahlwardt's, seinen Mitarbeiter Plack zur Auskunftsvernehmung heranzuziehen, nachkommen wollten, und wurde die nächste Sitzung auf morgen 11 Uhr anberaumt. Die beiden Referenten willigten ein, daß der Abg. Ahlwardt seinen Gehilfen Plack auf Vormittag 9 Uhr zur Auskunftsvernehmung bringe. Herr Ahlwardt versicherte hoch und theuer, keinen Versuch mehr zur Hinauszögerung der Angelegenheit machen zu wollen, ein Versuch, der ihm bei der vorhandenen Stimmung auch kaum noch gelingen dürfte.

Die Kommission zur Beratung des Seuchengesetzes setzte am Freitag die Verhandlung über die §§ 1 und 2 fort, ohne zu einer Beschlußfassung zu kommen. Ein Theil der gestern bereits erwähnten Einwendungen wurde heute wieder erhoben; so waren es heute die Herren Hag, v. Herten und Graf Stolberg, die nur ein Nothgesetz gegen die Cholera machen wollen. Zum Theil wird diese Stellung veranlaßt durch die Befürchtung, daß zum Sommer die Cholera wiederkommen werde, während der Reichstag in kurzer Zeit auseinander gehen wird. Und zum anderen Theil sind es partikularistische Bedenken, ein Standpunkt, der namentlich von den süddeutschen Abgeordneten vertreten wird, indem diese Herrn der Ansicht sind, daß dieses Gesetz zu stark in die Souveränität der Einzelstaaten eingreife.

Staatsminister v. Bötticher glaubt, es sei ein Armuthszeugniß für die Reichs-Gesetzgebung, wenn dieses Gesetz nicht zur Verabschiedung käme. Seit mehr als 20 Jahren besteht die Reichsverfassung; diese überweist die Gesundheitspolizei dem Reiche, aber bis jetzt fehlen noch immer die Gesetze, durch welche jener Theil der Verfassung zur Ausführung gebracht werden kann. In dem Gesetz wird nichts verlangt, was nicht in den meisten Staaten schon Gesetz ist. Nur die einheitliche Handhabung fehlt jetzt. Jede Maßnahme kann heute illusorisch gemacht werden, sobald der eine oder andere Kleinstaat sich weigert, den Anordnungen Folge zu leisten. Ein Cholera-Gesetz allein reicht nicht aus, um den Anforderungen zu genügen.

Dr. Gndemann will die im ersten Entwurf verlangte doppelte Meldung, an die Polizeibehörde und an den beamteten Arzt, wieder hergestellt sehen. Der beamtete Arzt muß so schnell als möglich Kenntniß von dem Ausbruch einer Seuche bekommen.

Vizebach macht geltend: Das Gesetz muß genau bestimmen, wo und wann vorgeschriebene Maßnahmen in Kraft treten sollen. Es besteht sonst die Gefahr, daß zu große und unndthige Eingriffe in die Bewegungsfreiheit gemacht werden. Auf die Cholera allein darf sich das Gesetz nicht beschränken, denn mit der Entwicklung der Verkehrsmittel wird auch die Gefahr erhöht, daß Krankheiten, die sonst wenig oder garnicht bei uns vorkommen, häufiger eingeschleppt werden.

Vangerhaus glaubt, daß wir ohne obligatorische Zeichenschau doch nicht auskommen werden, und will deshalb auch die Zeichenschaukommission zur Anzeige verpflichtet wissen.

Von der Schulenburg will das Gesetz auf alle ansteckenden Krankheiten ausdehnen. Die Anzeige muß in erster Reihe von dem Haushaltungsvorstand und zuerst an den beamteten Arzt erstattet werden.

Wur in beantragt, daß außer dem im Entwurf genannten Krankheitsnennungen noch Darmtyphus, Diphtherie, einschließliche Kroup, Rückfallfieber, Ruhr, Scharlach, Kindbettfieber und Wundrose zur Anzeige gebracht werden. Die starke Abneigung gegen dieses Gesetz entsteht dadurch, daß der Polizei so große Machtbefugnisse eingeräumt werden. Die Polizei ist in keinem Kreise der Bevölkerung beliebt, jeder scheut sich mit ihr in Verbindung zu kommen. Warum beantragt daher, daß die Anzeige statt bei der Polizeibehörde bei einem von der Gemeindebehörde zu wählenden Gesundheitsamt zu erstatten sei.

Parteinachrichten.

Aufruf an die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg.

Parteigenossen! Aller Voraussicht nach erfolgt anfangs Mai die Auflösung des Reichstages. Bei der Wichtigkeit, welche die in Aussicht stehenden Neuwahlen für unsere Partei haben, ist es unsere Pflicht, uns zur rechten Zeit auf jede Eventualität vorzubereiten, und haben wir daher beschlossen, die Parteikonferenz früher einzuberufen, als dies im vergangenen Jahre geschehen ist.

Die Konferenz tagt mitthin bereits am Sonntag, den 7. Mai, Vormittags 9 Uhr in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20, Berlin.

Im Anschluß an diese Bekanntmachung ersuchen wir die Parteigenossen, nunmehr schleunigst Versammlungen einzuberufen, und in denselben die Wahlen der Delegirten zur Parteikonferenz vorzunehmen. Die Zahl der Delegirten eines jeden Wahlkreises darf drei nicht überschreiten.

Die Konferenz wird einen Tag in Anspruch nehmen. Parteigenossen, welche aus einem oder mehreren Tagen in Berlin Logis nehmen wollen, werden ersucht, sich an Frau Zubeil, Naunonstraße 86, zu wenden. Die Tagesordnung bestimmt die Konferenz selbst; als provisorische Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Bericht über die Thätigkeit des Agitations-Komitees.
2. Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Aufstellung von Kandidaten.

Alle Anfragen und Zuschriften sind an den Unterzeichneten zu richten.

Mit dem Wunsche, daß sich alle Kreise an dieser für uns so wichtigen Konferenz betheiligen mögen, zeichnet mit sozialdemokratischem Gruß

Das Agitations-Komitee für die Provinz Brandenburg.
J. W. Otto Antick, Berlin W., Steinmetzstr. 60.
Die Provinzialblätter werden um Abdruck vorstehenden Aufrufes gebeten.

Gegen die Militärvorlage erklärte sich ferner eine Versammlung in Plietersdorf (Ref. Sußlois-Karlstraße).

Maisfeier. In Schwargendorf bei Berlin wird am 1. Mai eine Volksversammlung abgehalten, an die sich eine entsprechende Feier schließt. Die Parteigenossen in Karlruhe halten am Abend des 1. Mai eine Feier und am 7. Mai ein Gartenfest ab. In Offenbach a. M. findet am Abend des 1. Mai eine Versammlung statt; am 7. Mai werden in 4 Lokalen Volksversammlungen abgehalten. Nach der Stimmung der Arbeiter zu schließen, wird die Betheiligung an der Feier eine große sein. In Mindelheim in Schwaben wird die Maisfeier zum ersten Mal abgehalten; die Würzburger Parteigenossen feiern sie gemeinsam mit den Mindelheimern im städtischen „Stadtsaal“, der über 1000 Personen faßt. Die badischen Orte Kusel bei Durlach und Furtwangen feiern am 29. April, Fahr, Waldkirch und Billingen am 30. April. In Augsburg findet am Vormittag des 30. April eine Massenversammlung in der ehemaligen Dominikanerkirche statt, wo v. Bollmar sprechen wird; am Abend wird in Pferse ein Volksfest abgehalten. Greiz hält am 1. Mai eine Versammlung, am 7. Mai ein Fest ab.

In Düsseldorf hat nicht nur die Polizei den Festzug verboten, sondern es getraut sich auch kein Wirth der größeren Etablissements, sein Lokal zur Maisfeier herzugeben. Das Proletariat Düsseldorf's, dem die dortige herrschende Gesellschaft doch ihre Existenz verdankt, muß daher sein Fest in mehreren kleinen Lokalen abhalten. Es wird seinen Mittag mit um 10 ungeringer Ueberzeugung davon feiern, daß das arbeitende Volk nur durch sich selbst vom Unrecht der bürgerlichen Welt erlöst werden wird.

Aus Wien wird der „Voss. Ztg.“ telegraphirt: Die Sozialisten veröffentlichen Flugblätter mit dem Programm der Maisfeier und bestimmten zahlreiche Ordner für die Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Marsche in den Prater und auf dem Rückweg. Die Ordner haben jede Störung hinhaltend, den Polizei-Organen gegenüber größte Mäßigkeit, Ruhe und Entgegenkommen zu beobachten. Der Vormittag des 1. Mai ist zur Abhaltung von 44 Versammlungen bestimmt. In allen Versammlungen wird eine gleichlautende Resolution vorgeschlagen werden, die das allgemeine direkte Wahlrecht, den Achtundtags- und sechunddreißigstündige Sonntagsruhe fordert. Außerdem sollen in einer Resolution die belgischen sozialistischen Arbeiter zu ihren Erfolgen beglückwünscht werden.

Angesichts 700 böhmische Industrielle beschloßen auf einer Versammlung in Reichenberg, alle Arbeiter zu entlassen, die am 1. Mai nicht arbeiten. Die Menschenfreunde wollen die Arbeiter später nicht wieder annehmen. Diese kindische Bosheit könnte den Herren früher oder später doch theurer zu stehen kommen, als sie ahnen mögen. Denn wie oft zwingen sie die Arbeiter zum Feiern, ohne zu fragen, ob es diesen recht ist oder nicht.

Spanische Wirthschaft. In Cadix sind gegen 80 angeblich „verdächtige“ Personen verhaftet worden, damit sie am 1. Mai keine Ausschreitungen begehen können. Die Leute müssen also für etwas büßen, das sie noch garnicht gethan haben.

Maisfest-Literatur. Die Maisfest-Zeitung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist am Donnerstag ausgegeben worden.

An die Parteigenossen aus dem Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg! Genossen! Bei der aller Voraussicht nach nahe bevorstehenden Reichstags-Auflösung ist es notwendig, daß wir unsere Agitation, unsere Organisation verwohnen. Die Parteikommisssie, die wir bei der Eröffnung im vorigen Jahre erlebten, haben uns gelehrt, daß es einer ganz energischen, tüchtigen, planvollen Agitation bedarf, um die Wähler im Arnswalde-Friedeburger Wahlkreise anzurufen. Kommt in einem Wahlkreise, wo denkende Arbeiter wohnen, ein Ahlwardt gewählt werden? So etwas ist nur in Arnswalde-Friedeberg möglich! Es muß also unsere heiligste Pflicht sein, dafür zu sorgen, daß Licht und Aufklärung in unsere heimathlichen Bezirke kommen, daß auch dort das Evangelium des Sozialismus Eingang findet! Um dies zu ermöglichen, werden alle in Berlin lebenden Genossen des Wahlkreises gebeten, sich am Sonntag, den 30. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Tempel, Langestr. 66, einzufinden. A. Schienle.

Die „Unabhängigen“ haben mit ihrer Quertreiberei auch in Essen kein Glück gehabt. Sie hatten dort zum 23. April eine Volksversammlung einberufen, in der einer ihrer Berliner Schwabronneure über ihre wirren Bestrebungen einiges Licht verbreiten sollte. Trotzdem diesem von unseren Genossen, die das Bureau erhalten hatten, Redefreiheit in ausgiebigstem Maße gewährt wurde, erlitten die „Unabhängigen“ eine vollständige Niederlage. Der Berliner Referent hatte vergeblich versucht, durch bieder-männlich-gleichnerische Redeweise die Versammlung zu tödnen, er mußte vor der Töde und Töde, die die Versammlung für die Sozialdemokratie kundgab, die Segel streichen.

Als Reichstags-Kandidat für den Wahlkreis Offenbach-Dieburg wurde von der am 16. April in Jfenburg abgehaltenen Parteikonferenz der bisherige Abgeordnete C. Ulrich aufgestellt.

In den sächsischen Landtagswahlen ist von der Sozialdemokratie des Wahlkreises Dresden-Neustadt der Kaufmann Paul Bruner als Kandidat aufgestellt worden.

In Mindelheim (Schwaben) wurde am 2. Osterfesttage nach einem Vortrage des Redakteurs Drexler aus Augsburg einstimmig die Errichtung eines Vereins für die Interessen des werththätigen Volkes für Mindelheim und Umgegend“ beschlossen. 57 Personen zeichneten sich sofort als Mitglieder ein.

Todtenliste der Partei. In Hamburg ist der Schauer-mann D. Kamm gestorben.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Abdruck eines Berichtes über die gegen den Parteigenossen Feldmann in Langendeltau ergangene Reichsgerichts-Entscheidung wurde Paul Hennig, Redakteur der „Dresdener Volksmacht“, zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt, weil der Bericht, der in Nr. 30 des genannten Blattes veröffentlicht war, nach Ansicht der ersten Strafkammer (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Herzog) eine Majestätsbeleidigung enthalten soll. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Gefängniß und sofortige Verhaftung beantragt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

— Unter dem neuen Kurs.“ In Remscheid sind, wie die Elberfelder „Freie Presse“ mittheilt, in der Zeit vom 1. Januar 1890 bis 31. Dezember 1892 gerichtliche Verurtheilungen unserer Parteigenossen in folgender Weise zu verzeichnen gewesen: Das Strafverfahren ist im Ganzen in 60 Fällen eingeleitet worden, woraus 47 Verurtheilungen entstanden sind. Die Verurtheilungen erfolgten: in 18 Fällen wegen Falschbeleidigung, in 16 Fällen wegen Vergehen gegen das Vereinsgesetz, in 3 Fällen wegen Verbreitung von Schriften, in 3 Fällen wegen Gewerbecontravention und in 15 Fällen wegen verschiedener Angelegenheiten. Die Geldstrafen betragen zusammen 568 M., und zwar 2mal 50 und je einmal 48, 30, 25 und 20 M., 15mal 15, 6mal 10, 4mal 9 und 6mal 5 M. Gefängnißstrafen sind es zusammen 7 Monate, 8 Wochen und 1 Tag. Die höchste Gefängnißstrafe war — in einem Falle — 2 Monate, die niedrigste 3 Tage. Die Gerichtskosten betragen zusammen 507,89 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, 29. April.
Opernhaus. Siegfried.
Neues Theater. Meister Bert Westfaler.
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.
Berliner Theater. Der Beilchenfresser.
Lesing-Theater. Die arme Edwin.
Wallner-Theater. Die Großstadtluft.
Froll's Theater. Der schwarze Domino.
Residenz-Theater. Denise.
Adolph Ernst-Theater. Goldlotte
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Mam'zelle Nitouche.
Thomas-Theater. Gute Zeugnisse. Hierauf: Wenn man im Dunkeln list.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
National-Theater. Romeo und Julia.
Alexanderplatz-Theater. Zimmermann's Pene.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Saunemann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 28. Male:
Goldlotte.
 Gesangsopfer in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstäd.
 Coupletts theilweise v. G. Görs.
 Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Der Sommer-Garten ist geöffnet.

American-Theater.
 Dresdenstrasse 55.
Lezte Woche.
Der Dussel
 (Nulpus)
 Parodie von Oscar Wagner in seinen
Bendix in seinen
 Robert Dellor, Instrumentalist.
Alfred Bender
 in seinen neuesten Coupletts.
 N.B. Montag, den 1. Mai: Lezte und Wiederholung der Jubiläumsvorstellung des urkomischen Bendix zum Benefiz für Direktor Louis Heinsdorf.

Passage-Panopticum.
 Im Theater-Saal:
Neu!
 Lebende Bilder.

Castan's Panopticum.
 Neu:
Bauern-Aufstand!
Ahka - Zwerginnen.
Neue Illusion: Lotosblume.
 Andere Illusionen.
 Castan's Irrgarten. Schrockensammer.

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
 Neu! Die lustige Neu!
Schwiegermutter.
 Komische Pantomime mit Ballet in 1 Akt.
 Aufgeführt v. d. Pantomimen-Gesellschaft **Diovanio**, sowie Aufstreiten von
12
 1. Berlin neuen Spezialitäten.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Vereinszimmer oder Zahlstelle (bis 40 Personen, sep. Eing.) zu vergeben beim Gen. Jacob, Boechstr. 5. [3467b]

Circus Renz.

(Karlstraße.)
 Sonnabend, den 29. April, Abends 7 1/4 Uhr:
Zum Benefiz für Mr. James Fillis
Parade-Galavorstellung.
 Aus dem Programm besonders hervorgehoben: **Mr. James Fillis** mit den Schulpferden **Germain** und **Markir.** **Agat**, arab. Schimmelhengst, in Freiheit dress. u. vorgeführt vom Direktor **Fr. Renz.** Konkurrenzschule, geritten von den Damen **Fr. Clotilde Hager** und **Oceana Renz.** **Geschw. Hoffmann, Lusttrapez** etc.
 Zum Schluss:

Die lustigen Heidelberger.
 Große Ausstattung - Pantomime. Neue Ausstattung.
 Morgen, Sonntag: Nachmittags 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei)
Gr. Komikervorstellung;
 Abends 7 1/2 Uhr
Die lustigen Heidelberger.
 Abschiedsvorstellung am 2. Mai. Bilet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidentant“, Marienstr. 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Etablissement Buggenhagen.
 Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von **Vahenhofer Lagerbier**, hell und dunkel.
 An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wochenl. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Sals für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Rheinländischer Tunnel
 genannt: **Die ideale Nagelkiste.**
 Berlin N, Elsassstrasse 73.
 Neu! Neu!
Die Möbel-Polnaise!
 oder: 4070L*
Weber hat'n Fieber, an de Lunge, an de Lunge, an de Lunge!
 Vorträge der berühmten Gesangsvereine „**Halbe Lunge**“ und „**Keuchhusten**“.
 Vorzügliches Lagerbier der „**Schöneberger Schlossbrauerei**“ à Seidel 10 Pfennige.
H. Schultze (mit'n B.)
 (Notiz: Mang uns mang is leener nich mang, der nich mang uns mang jehört.)

H. Stramm's Restaur.
 123. Ritterstraße 123.
 Großes Fremdenlois, Herberge und Arbeitsnachweis der Vereine der Glaser und Klempner, sowie Verkehrslokal und Herberge der Goldarbeiter, Korbmacher, Tischler, Schneider und Bildhauer.
 Gleichzeitig empfehle meinen reichhaltigen Frühst. Mittag- und Abendtisch à la Carte zu soliden Preisen. Ausw. von vorzüglichem **Weiß- u. Bairisch-Bier.** [38862*]

Ww. Boll, Wienerstr. 1 empfiehlt ihr **Weiß- u. Bairisch-Bierlokal.** Vereinszimmer u. Winter-Kegelbahnen sind noch frei. [3889L]

Empfehle allen Genossen mein **Schaufgeschäft.** 40802*
 Auch ist ein Vereinszimmer zu vergeben. Der Garten ist eröffnet.
J. Guadt, Ewinemünderstr. 120.
 Empfehle nach wie vor mein **vergrößertes Lokal**, franz. Billard etc. dem verehrten Publikum. Vorwärts, Volks-Zeitung, sowie andere Zeitungen liegen aus. [3396L]

M. Berndt,
 Oranien- u. Alexandrinerstr.-Ecke.
 Zur Landpartie nach **Birkenwerder a. d. Nordbahn**
Restaurant Schützenhaus.
 Allen Freunden u. Genossen, namentlich den verehrten Vereinen bestens empfohlen. Große Kaffeeküche. Zwei verd. Kegelbahnen. Große Halle mit Piano stehen zur Verfügung. Für ff. Speisen und Getränke zu soliden Preisen ist gesorgt. „Borm.“ liegt aus.
Carl Hietzig, Gastwirth.
 Allen Kneipsfreunden die ergebene Mittheilung, daß ich von **Rannynstraße 48** eine gemütliche Gastwirthschaft etabliert habe. Preiswerther Frühst. Mittag- und Abendtisch (Hausmannstisch), fr. Billard, Stunde 40 Pf. Tägl.: Stat. Vereinszimmer mit Piano zu vergeben. Um Zuspruch ersucht freundschaftlichst
H. Hilbert, Gastwirth.
Vereinszimmer 70-80 Personen fassend zu vergeben Hafenstraße 58.

Hiermit allen Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Minna Voigt** am 28. April, 11 Uhr Vormittags, sanft entschlafen ist. 3823b
Friedrich Voigt nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, **Neue Maassenstraße 12**, aus statt.

Todesanzeige.
 Allen Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß der **Former Robert Sperner** am 27. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittags 1 1/2 Uhr vom **Georgenkirchhof** in **Weißensee** aus statt. 3836b
Franz Sperner.

Taufanfang.
 Für die überaus reichen Beweise herzlichster Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Zigarrenhändlers **Paul Seifert**, sage ich allen Verwandten und Bekannten, besonders dem Herrn Prediger für die trostreichen Worte am Grabe des Verstorbenen meinen tiefgefühltesten Dank. 3818b
 Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

Rummelsburg. Generalversammlung des Arbeiter-Vereins
 für Rummelsburg und Umgegend
 Sonntag, den 30. April, Mittags 12 Uhr, im Lokale des Herrn **Vorchmann**, Hauptstraße Nr. 83.
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Bericht des Bibliothekars. 3. Antrag des Vorstandes. 4. Verschiedenes. — Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Um recht zahlreichen Besuch bittet
 110/12 Der Vorstand.

Friedrichshagen.
 Montag, den 1. Mai, Abds. 8 Uhr, bei **Perche, Rundheil, gr. öffentl. Volksversammlung.** Vortrag des **Genossen Stadthagen** über die Bedeutung des 1. Mai. Nach derselben gemüthl. Beisammensein. Zwei Gesangsvereine sind anwesend. 388/1

Alle diejenigen Sänger, welche gewillt sind, sich den drei Vereinen **Genfelder, Steinmehnen** und **Gemüthlichkeit** anzuschließen, um am 1. Mai im **Frempalast** dementsprechend mitwirken zu wollen, werden ersucht, Sonntag früh 9 Uhr zur Probe im „**Frempalast**“ pünktlich zu erscheinen.

Restaurant zur „Pferdebucht“.
 Einem hochgeehrten Publikum empfehle ich mein im herrlichsten Laubwalde belegenes Restaurant zum gütigen Besuche. Kaffeeküche, Kegelbahnen, Piano, sowie allerhand Belustigungen. Vereinen und Ausflüglern bestens empfohlen. 15 Min. vom Bahnhof Köpenick. 3824b
Achtungsvoll
F. Hoffmann.

Zimmer für Vereine empfiehlt 40408*
Wirthshaus zum Felsenkeller
Louisen-Platz 17.

Klubzimmer mit Piano zu vergeben. **Schulz, Prenzlauer Allee 224, Ecke Treschowstraße.** [37902*]

Maitrank Flasche 60 Pfg., 10 Fl. 5,50 Mk.
Spiritus Liter 32 Pfg.
Himbeersaft (ohne Stärkesyrup), 40882* Str. 1,50 Mk.

Franz Beyer,
 Chausseest. 103.
Sämmtl. Weine zu Engrospreis.

Arbeitsmarkt.
 1 nuchterner, verbeiratheter Tischler, welcher mit Modellarbeiten Bescheid weiß, bei gutem Lohn gesucht. Schriftliche Meldungen beim **Gustavwerk Arthur Koppel, Wolgast.** 41062*

Lücht, Widelmaderin auf halbe Tage wird verl. (40 Pf.) 3820b
Wihl. Brall, Ewinemünderstr. 4.

Maschinen-Strickerinnen finden lohnende Beschäftigung bei **Weder, Holzmarktstraße 3.** 3878b
 Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 3158b

Der Maifeier wegen werden unsere Expedition und Verlags-Buchhandlung **kommen-** den Montag von **Mittags 1 Uhr** ab geschlossen. Wir bitten deshalb um **rechtzeitige Auf-** gabe der für **Dienstag** bestimmten Inserate. Expedition und Verlags-Buchhandlung des „**Vorwärts**“.

Achtung!
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Ost).
 Montag, den 1. Mai 1893:

Grosse Maifeier
 in den Lokalen **Brauerei Friedrichshain** (früher Lips) am **Rönigsthor, Elysum, Landsberger Allee 39-41, Rönigsbank, St. Frankfurterstr. 117,** bestehend in
Gr. Vokal- und Instrumental-Konzert, unter Mitwirkung verschiedener Gesangsvereine.
 Um 8 Uhr: **Festrede** in allen drei Lokalen. Nach derselben **Vorträge** verschiedenen Inhalts, sowie **Sankränzchen.** Anfang 4 Uhr.
 Billets à 30 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen, sowie bei den Vertrauensleuten **H. Baumgarten, Posenerstr. 4, und R. Wengels, Fruchstr. 30, Quergeb. 2 Tr.,** zu haben. 349/3
 Beim Eintritt in die Lokalitäten erhält jeder **Theil-** nehmer die **Maifest-Zeitung gratis.**

4. Berl. Reichstags-Wahlkr. (Südost).
 Montag, den 1. Mai:

Grosse Maifeier
 in den Lokalen 349/3*
Konkordia-Festsäle und Sanssouci,
 Andreasstr. 64 Rottbuscherstr. 4a
 bestehend in **Vokal- und Instrumental-Konzert,** Vorträgen **ernsten und heiteren Inhalts, lebenden Bildern.**
 Punkt 9 Uhr: **Festreden.**
Großer Ball.
 Die Festtheilnehmer erhalten die **Mal-Zeitung gratis.**
 Entree 30 Pf. Das Komitee.

Große öffentliche Volksversammlung
 für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis
 am Montag, den 1. Mai cr., Abends 7 1/2 Uhr, im Saale des **Schweizer-Garten** am **Friedrichshain.**
 Tages-Ordnung:
 1. Gesangsvortrag des Gesangsvereins „**Freie Liedertafel**“. 2. Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai. Referent **Genosse Koblenzer.** 3. Diskussion. 4. Gesangsvortrag des Gesangsvereins „**Freie Liedertafel**“.
 351/4 Der Einberufer.

Gaus- u. Geschäftsdienner, Markthelfer, Weinkeller-Arbeiter, Pader u. Paderinnen, sowie Berufsgenossen.
 Am Sonntag, den 30. April, Vormittags 10 Uhr, bei **Boltz, Alte Jakobstr. 75** (oberer Saal):
Große öffentliche Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Mittheilung. 2. Vortrag über: „**Die Bedeutung des 1. Mai.**“ Referent: **Genosse Dr. Lütgenau.** 3. Diskussion. Um regen Besuch bittet **Der Vertrauensmann.** 170/18

Öffentliche Versammlung der Maschinen- und Heizer Berlins
 und Umgegend mit Damen
 am Sonntag, den 30. April, Nachmittags 4 Uhr, in **Schultheiß' Brauerei-Ausw. Neue Jakobstr. 24/25.**
 Tages-Ordnung:
 Die Bedeutung des 1. Mai. Referent **Dr. Lütgenau.**
 Nach der Versammlung **gemüthliche Abendunterhaltung.**
 230/11 Der Einberufer.

Achtung, Brauerei-Hilfsarbeiter!
 Sonnabend, 29. April, Ab. 8 1/2 Uhr, in den **Konkordia-Festsälen, Andreasstr. 64:**
Große öffentliche Versammlung
 ämmtlicher in den **Brauereibetrieben Berlins und Umgegend** beschäftigten **Hilfsarbeiter, Bierfahrer, Mithfahrer, Hofarbeiter, Heizer, Maschinenisten** etc.
 Tagesordnung: 1. Die Maßregelung der **Brauerei-Hilfsarbeiter** im **Floßenteller** der **Unionsbrauerei.** 2. Die Gründung einer **Organisation.** 3. **Brauer-Kongress** in **Nürnberg.** 68/3
 Das Erscheinen der **Brauer** und **Böttcher** in dieser Versammlung ist **dringend** nothwendig. **Der Einberufer.**

Verein d. Arbeiter u. Arbeiterinnen der Buch-, Papier- u. Lederwaaren-Industrie.
 Unsere Mitglieder werden in ihrem eigenen Interesse und um eine glatte Abrechnung zu ermöglichen ersucht, ihre Beiträge bis 1. Mai zu begleichen und kann dies heute Abend in folgenden **Zahlstellen** erfolgen.
 1. **Lenz, S., Alte Jakobstraße 68, 6-8 Uhr;** 2. **Thalman, S., Wasserthorstr. 22, 6-8 Uhr;** 3. **Gründel, S., Dresdenstr. 116, 7 bis 9 Uhr** (daselbst ist auch der Kassirer zu Abtrempelung der arbeitslosen Wochen anwesend); 4. **Norbert, S.W., Benschstr. 20-22, 8-10 Uhr;** 5. **Reichert, S.W., Friedrichstr. 34, 8-10 Uhr;** 6. **Henke, O., Blumenstr. 33, 8-10 Uhr;** 7. **Krüger, O., Girtenstr. 10, 8-10 Uhr;** 8. **Gieshoit, N., Boyenstr. 40, 8-10 Uhr.** [119/12]
Der Vorstand.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung vom 28. April 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Kallenborn.

Gingegangen ist ein zweiter Nachtragsetat für 1892/93. Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende Interpellation der Abgg. Richter und Genossen:

Im Bereich des VII. preussischen Armeekorps soll nach öffentlichen Blättern bei den Frühjahrskontrollversammlungen ein Korpsbefehl verlesen worden sein, welcher mehrfach zu dem Mißverständnis Veranlassung gegeben hat, als ob die Personen des Beurlaubtenstandes im Beurlaubtenverhältnis in bezug auf ihre staatsbürgerlichen Rechte irgend welchen besonderen Beschränkungen bei der öffentlichen Erörterung allgemeiner Fragen der Militär-Gesetzgebung unterworfen wären.

Ich erlaube mir daher, den Herrn Reichskanzler zu fragen, ob derselbe geneigt ist, durch Mittheilung des wirklichen Sachverhalts der weiteren Verbreitung solcher Mißverständnisse entgegenzutreten.

Kriegsminister v. Kallenborn erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Richter (Str.) führt zur Begründung aus, daß seit dem Einbringen seiner Interpellation ihm direct auch von Angehörigen des Beurlaubtenstandes aus anderen Bezirken als dem des VII. Armeekorps Mittheilungen gemacht worden sind, welche den Inhalt der Interpellation bestätigen. Die Auffassung zahlreicher Angehörigen des Beurlaubtenstandes über die Verlesung des § 101 des Militär-Strafgesetzbuchs, als ob ihnen durch denselben die Ausübung politischer Rechte, soweit es sich um Einberufung oder Betheiligung an Versammlungen namentlich bezüglich der schwebenden Militärvorlage handle, unterlag sei, könne nach Wortlaut und Entstehungsgeschichte dieser Vorschrift nicht Plog greifen. Ebenso haltlos wäre natürlich eine Auslegung dieses § 101 in dem angebotenen Sinne durch die Militärbehörde selbst. Es würde doch ein sonderbarer Zustand sein, wenn unter den 10 Millionen Wählern des Deutschen Reiches die 3-4 Millionen Angehörige des Beurlaubtenstandes Staatsbürger zweiter Klasse wären. Die sonderbare Auslegung könne also nur eine Kette von Mißverständnissen sein, obwohl offenbar bei den Offizieren und beim VII. Armeekorps sogar schon beim Korpsstabe diese falsche Auslegung getheilt zu werden scheint. Da gerade heute die Frage eine unmittelbare praktische Bedeutung habe und die Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte in dieser Zeit im Auge behalten werden müsse, so müsse man von der Militärverwaltung eine klare Erklärung über diesen Punkt erhalten.

Kriegsminister von Kallenborn: Am 15. März hat das Invaliden-Departement im Kriegsministerium eine erläuternde Verfügung erlassen über die Anwendbarkeit § 101 auf die Personen des Beurlaubtenstandes. (Der Kriegsminister verliest diese Verfügung, welche an einen in Württemberg vorgekommenen Fall anknüpft.) Die Verfügung entbehrt jedes politischen Charakters und hat weder den Zweck, noch die Absicht, die politischen Rechte der Angehörigen des Beurlaubtenstandes irgendwie zu beschränken; sie steht deshalb auch in keiner Beziehung zur Militärvorlage.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Ueber den Nachtragsetat für 1893/94 erlassen Abgg. Prinz Arenberg und Scipio namens der Budget-Kommission Bericht. Die Neuordnung aus Anlaß der Erhebung der deutschen Gefandtschaft in Washington zur Botschaft und für den Erwerb und die Einrichtung eines Wirthschaftshotels in Madrid, sowie die Nachtragforderung für die Betheiligung des Reichs an der Weltausstellung in Chicago sind von der Kommission einstimmig bewilligt worden.

Abg. Goldschmidt (Str.): Zu meinem großen Bedauern sind die Anregungen auf Erstattung eines Generalberichts über die Ergebnisse der Ausstellung in Chicago bei Herrn von Bötticher und den verbündeten Regierungen nicht auf Gegenliebe gestoßen. Die Einzelberichte über diesen oder jenen Industriezweig, diese oder jene Gruppe genügen nicht; es muß eine planmäßige Zusammenfassung aller dieser Berichte erfolgen, welche nur von dem Reichskommissar selbst ausgehen kann. Alle Kulturstaaten haben von den letzten Ausstellungen solche Berichte herausgegeben, und ich würde es beklagen, wenn eine solche Fundgrube der Belehrung gerade dem deutschen Volke verloren gehen sollte. Bis 1887 sind solche Generalberichte auch von der preussischen Regierung herausgegeben worden. Ich will nur hoffen, daß es doch noch möglich werden wird, einen einheitlichen, umfassenden Bericht heranzustellen und dies auch im Rahmen der heute zu bewilligenden 600 000 M. zu bewirken.

Staatssekretär von Bötticher: Die Berechtigung dieses Wunsch ist ja nicht zu verkennen, aber die Ermittlung darüber, ob die Mittel dafür vorhanden sind und ob die aufzuwendenden Summen im Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen stehen, sind ihm nicht günstig gewesen. Uebrigens ist die Frage, ob ein solcher Generalbericht nicht doch erstattet werden wird, zur Zeit noch keineswegs abgeschlossen. Eine Ausstellung, die so zahlreich und umfassend besucht worden wäre, wie die Chicagoer, hat es vorher nie gegeben; ein Sachverständiger für die ganze Ausstellung ist überhaupt nicht ausfindig zu machen. Es müssen also für jeden einzelnen Zweig des Ausstellungsgebietes auch besondere Referententatter bestellt werden, denn nicht nur durch Worte, sondern auch durch klare Zeichnungen werden die Ergebnisse der Ausstellung anschaulich gemacht werden müssen. Alle Personen, die wir offiziell hinschicken, werden wir zur Erstattung von Berichten verpflichten. Ob später die Zusammenstellung der einzelnen Berichte erfolgt, muß der Zukunft überlassen bleiben. Ein solcher Generalbericht dürfte mehr ein statistisches Interesse haben, als einen wirklich zuverlässigen Ueberblick über die Fortschritte der Wissenschaft und Technik auf dem gesammten Ausstellungsgebiet liefern.

Abg. Goldschmidt bestreitet, daß ein solcher Generalbericht kein allgemein wissenschaftliches Interesse haben könne.

Der Nachtragsetat wird im übrigen ohne Debatte in seinen drei Positionen bewilligt.

Darauf wird die dritte Lesung der Buchergesetznovelle fortgesetzt. Die Generaldiskussion wird gestern nicht zu Ende geführt worden.

Abg. Stadthagen: Der vorliegende Gesetzentwurf wird leider nicht allzu viel Wirkung haben. Will man dem Bucher näher treten, so kann man das nicht, indem man den Mangel an Gemüth, Bildung und Geist zu verdecken sucht dadurch, daß man die Religion und das sittliche Gefühl anderer verletzt. Das zeigt nur, daß lediglich ein Mangel an Kenntniß der Verhältnisse vorhanden ist oder ein Mangel an Willen zu helfen. Ich habe nicht, wie der Abg. Bödel sagte, behauptet, daß die antisemitische Fraktion den Bucher begünstige, daß sie oder ihr Hauptstempel direct Bucher sind, sondern nur, daß sie ganz genau dasselbe sind auf politischem Gebiete, wie die eigentlichen Bucher und Zwischenhändler, indem sie für die großen Bucher die Kanälen aus dem Feuer holen. Nachdem, was wir hier gestern von den antisemitischen Rednern haben hören müssen, muß ich mir überlegen, ob

es nicht besser wäre, solchen Schmutz gegenüber überhaupt nicht zu antworten. (Sehr richtig!) Aber wenn man ein bestimmtes, klares, ethisches und anständiges Ziel verfolgt, kann man dies nicht erreichen, ohne daß man auf Noth tritt, und es sollte mir leid thun, wenn irgend jemand dabei getroffen wird, aber ich will nicht die Ansicht aufreten lassen, als ob solche Böbeleien, wie sie vollkommen systematisch seitens der antisemitischen Partei und gestern seitens der Abgg. Liebermann v. Sonnenberg und Bödel ausgeführt werden, irgend eine Berechtigung haben. Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat bei früheren Gelegenheiten ausdrücklich gesagt: „Schaffen Sie uns den Judenwucher vom Halbe, dann läßt sich später auch über die Ermäßigung der Getreidezölle reden!“ Ferner erklärte er, daß seine Partei, die deutsch-soziale, wie er sie nennt, sie ist aber weder deutsch noch sozial, den Schutz des Bauernlandes gegen Bucher durch eine Bucher-Gesetzgebung mit Festsetzung des Zinsfußes auf einen höchsten zulässigen Satz verlange, hauptsächlich die Bekämpfung des Wucherers. November 1891 sagt er dann: „Ich rufe das Haus zum Zeugen dafür an, daß ich mich lediglich gegen den jüdischen Bucher gewendet habe.“ Wie deckt sich nun hiermit seine geistige Aeußerung, daß er auch nicht mit einem Ton davon gesprochen habe, daß allein gegen jüdische Bucherer vorgegangen werden sollte? Nun hat vor ungefähr zwei Jahren Abg. Liebermann v. Sonnenberg das Versprechen abgelegt — ich bedauere, ihm geglaubt zu haben —, ein möglichst vollständiges und genaues Material zur Verathung der Bucher-Gesetznovelle herbeizuschaffen und eine neue berichtigte Bucherliste aufzustellen. Wir waren sehr gespannt, endlich einmal eine Arbeit von ihm zu sehen. Ist es denn da so unbedenklich, wenn ich ihn frage, warum er nicht bei der Verathung des Buchergesetzes das Wort ergriffen hat, um wenigstens sein öffentlich abgegebenes Versprechen zu erfüllen? Statt dessen beantwortet er Fragen, die ich angeblich an ihn gestellt haben soll und die gar nicht zur Sache gehören. Ich muß das eine gewisse Nothwendigkeit vor der Wahrheit nennen. (Vizepräsident Baumhach: Ich kann nicht zugeben, daß man einem Mitglied dieses Hauses einen derartigen Vorwurf macht.) Wenn er sich die stenographischen Berichte durchliest, würde er vergebens irgendwo danach suchen, daß ich eine Frage an ihn gerichtet hätte, dahingehend, woran man einen Juden erkennen könne. Das zeigt, daß er absolut nicht den Sinn meiner Ausführungen verstanden hat. Auf seine Beantwortung dieser Frage kann man in der That weiter nichts thun, als sie tiefer, recht tief zu hängen, um zu zeigen, auf welcher Stufe dieselbe steht. Abg. Liebermann hat es dann für notwendig erachtet, hier seinen Stammbaum darzulegen. Ich habe gar keine Neigung, mir solche Dokumente aus dem Mittelalter anzusehen, aus denen vielleicht hervorgeht, daß irgend ein Liebermann v. Sonnenberg sich einmal Verdienste um den Staat erworben hat, um so weniger als ich neue Dokumente kenne, die hier im Reichstage vorgelegt worden sind, und die den jetzigen Träger des Namens betreffen. Abg. Liebermann hat behauptet, die antisemitischen Parteien hätten durch Abfertigung von Petitionen für die Verlesung dieses Gesetzentwurfs gewirkt. Was hier veratet wird, kommt in anderen früheren Petitionen vor, ehe überhaupt an eine solche Partei wie Ihre in Deutschland zu denken war. Aus den Kreisen der Antisemiten ist noch nie das geringste Vernünftige da-gewesen. Es ist von anderer Seite schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß gerade diejenigen, die am meisten über Bucher schreiben, selbst Bucherer seien. Das ist eben die Art und Weise der Heuchelei, die auch der Zwischenhändler notwendig gebraucht, der sich dem andern gegenüber als guter Freund darstellen muß, während er in Wirklichkeit ein herzloser Gauner. Wenn Gedanken aber nicht da sind, um den Zusammenhang zwischen Bucher und Judenthum zu beweisen, glaubt man mit eingepanteten Nierenarten, die für die Negation ganz gut sein mögen, wenn sie gut bezahlt wird, hier Beweise führen zu können. Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg fragt mich, ob ich solch ein Fremdling im Stamme Israel sei und dergl. mehr. Wo ist denn ein Stamm Israel? Ist das die Antwort auf meine Fragen? Wenn er übrigens Statistik treiben will, dann mag er sich erst die Elemente klar machen und muß die amtlichen statistischen Arbeiten bestehen. Seine statistischen Angaben werden von dem Statistiker v. Scheel ganz schlagend widerlegt, der nicht die Religion, was nur zu Tragfährnissen führt, sondern den Beruf zu grunde legt. Da findet man dann auffälliger Weise, daß, trotzdem unter den Juden die meisten Kaufleute sind, doch noch ein paar Christen mehr wuchern wie Juden. Mit der Definition der Juristen im § 802e bin ich nicht einverstanden, die Worte „wer die Nothlage oder Unerfahrenheit eines Anderen ausbeutet“, oder „wenn Leistung und Gegenleistung in auffälliger Mißverhältniß stehen“, sind zu unbestimmt gefaßt. Danach kann z. B. jemand wegen Wuchers bestraft werden, wenn er für 20 Pfennige Leistungen hergiebt, die derartig sind, wie wir sie in Volksversammlungen und im Reichstage in den letzten Tagen gehört haben. Es hat mich gewundert, daß Abg. Bödel so wenig Material vorgebracht hat in der Frage, wie die Bucherer eigentlich vorgehen. Mir ist gesagt worden: wenn ich meine Nachforschungen schon vor 16 Jahren angestellt hätte und speziell in Frankfurt a. M., so hätte ich und auch Herr Bödel mehr Material über die Handhabung des Wuchers gefunden, zumal dort ein Mann lebte, der ganz bedeutend aktiv bei Buchergeschäften beschäftigt war und denselben Namen trug, wie der Abg. Bödel. (Abg. Bödel: Gemeinheit! Das war mein Vater!) Vizepräsident Baumhach: Ich rufe den Abg. Bödel zur Ordnung. Abg. Bödel: Mein Vater ist hier beleidigt worden. Gebärmlichkeit! Schuft! Vizepräsident Baumhach: Ich rufe den Abg. Bödel wiederholt zur Ordnung. Abg. Bödel: Ich kann die Ehre meines Vaters nicht beschimpfen lassen. Dieser § 802e kann auch auf Alimentenangelegenheiten Anwendung finden. Ich bitte aber zu überlegen, ob in diesem Falle nicht das „Gewerbs- und Gewohnheitsmäßige“ zu streichen wäre. So schwebt mir ein Fall vor, wie die Einziehung der Alimente stattgefunden hat. Der Betreffende hat die Nothlage oder den Reichthum eines Mädchens ausbeutet, daß sie ihm das hingab, was ihr das höchste war. Dafür gab ihr der Betreffende erst nicht nur nichts, sondern er gebrauchte noch Lügen und Ausflüchte. Er schob einen Freund vor, einen Stadtverordneten, der natürlich nachher nichts von der Sache wußte. Das ist doch ein Fall von Wucher im Sinne des Volksbewußtseins; die Herren der antisemitischen Partei kennen den Fall sehr genau. In einem anderen Falle wird ein Mädchen geschwängert, und sie verlangt das gesetzliche Entgelt. Man macht nun Ausflüchte. Schon in diesem Ausflüchtemachen liegt etwas, was im Volksbewußtsein als auf der Zwischenstufe zwischen Betrug und Wucher stehend erachtet wird. Schließlich würde die Frau des Schwängers hingeführt, um ihren Mann zu vertheidigen (Zuruf: Namen nennen!) der Name thut nichts zur Sache. Ich stelle besonders den Herren der antisemitischen Partei, die den jetzt angeführten Fall sehr genau kennen, diese Anregung zur Erwägung, um solche schändliche Thätigkeit zu bestrafen. Dazu wäre nötig, daß aus § 802b das „gewerbs- und gewohnheitsmäßig“ wieder beseitigt wird. Wenn solche Fälle z. B. in einer Stadt wie Marburg üblich würden, dann könnte man auf grund dieses Gesetzes den Fall garnicht treffen, ebenso wie es wirkungslos sein würde gegenüber den Pfandleihern, die 18 bis 20 pCt. nehmen, weil das ein üblicher Wucher ist.

Ich glaube, daß der Bucher nur aufhören kann dadurch, daß die Ausbeutung unmöglich gemacht wird durch die Gesellschaftsordnung im sozialdemokratischen Sinne. Dennoch würde ich es für falsch halten, wollte man jetzt die moralische Verderbtheit bestehen lassen. Der Gesetzentwurf will nach Möglichkeit versuchen, den Bucher zu treffen; nach wenigen Jahren werden Sie schon weiter gehen müssen. Noch viel stärker müßten der Grund und Bodenwucher, der Getreidewucher, die Zölle auf notwendige Lebensmittel, die Steuer auf Branntwein zc., diese Begünstigungen der Auswucherung getroffen werden. Wir dürfen nicht den Großgrundbesitz darin stärken, daß er den Armen etwas aus der Tasche nimmt; das heißt doch nur die Nothlage des Anders, der sich nicht dagegen wehren kann, ausbeuten. Auf diesem Auswucherungssystem beruht die heutige Gesellschaftsordnung. Darum ist auch der Bucher sehr schwer zu bekämpfen. Statt der juristischen Erklärungen des Wortes Bucher könnte man einfach es dem Volksbewußtsein überlassen, über den Bucher abzurufen; selbstverständlich darf man nicht so weit gehen, daß man überhaupt nicht sagt, was Bucher ist, sondern es den in Marburg versammelten Seherlehrlingen überläßt. Es sollte genügen, jede Ausbeutung der Nothlage zu strafen. Man muß solche Fragen unterfragen mit Objektivität und warmem Mitgefühl, das anständige Menschen haben für die Leiden wirtschaftlich Schwächerer. Ich habe nicht den Antisemiten vorgeworfen, daß besonders ihre Partei Bucher betreibe. Ich kann nur wiederholen, was ich schon früher gesagt habe: Wir wissen sehr genau, daß leider Bucher getrieben wird von allen möglichen, mögen sie sich nun Antisemiten nennen, oder auch von denen, die nicht der antisemitischen Partei angehören und trotzdem Bucher treiben. Ich glaube nicht, daß man aus diesen Worten herauslesen könnte, daß ich besonders die Antisemiten des Wuchers beschuldigt hätte. Ich würde es lebhaft bedauern, wenn irgend ein anständiger Mensch sich findet, der den Bucher nicht verurtheilt, aber so weit kann ich nicht gehen, irgend eine Empfindung des Bedauerns gegenüber den Antisemiten zu haben, die stehen mir dazu viel zu tief. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kunert (Soz.): Herr Liebermann von Sonnenberg hat mich zum Antisemiten gestempelt. Ich bekämpfe den Bucher bei Juden wie bei Christen, ich bekämpfe die Ausbeutung in jeder Form und von wem sie immer betrieben wird. Die beste Widerlegung der Behauptung, daß die Juden die Mehrzahl der Bucherer liefern, hat der Abg. Ahlwardt erbracht. In dem bekannten Briefe an Kroner hat er gesagt, gerade unter den Juden habe ich seit Jahren meine besten Freunde. Auch diejenigen, die mich ausgenutzt haben, sind zum kleinsten Theile Juden. 4/5 der Bucherer sind Katholiken, Protestanten u. s. w. nur 1/5 Juden. Ahlwardt schließt seine Bemerkungen mit dem Versprechen auf Ehrenwort, daß er sich jeder religiösen Intoleranz enthalten werde. Wir wissen, wie er sein Ehrenwort gehalten hat. Es war für mich nicht sehr erfreulich, als ich erfuhr, daß Ahlwardt eine zeitlang Philosemit gewesen ist. Ich versichere, daß Ahlwardt seiner Zeit sehr gern bereit gewesen wäre, die sozialdemokratische Partei mit seiner geschätzten Kraft zu unterstützen (Hört! hört! links), wenn ein Pump bei dem Herrn Singer durch meine Vermittelung gelungen wäre. (Große Heiterkeit.)

Präsident v. Levetzow: Ich bitte den Redner, jetzt zur Sache zu kommen.

Abg. Kunert (fortfahrend): Später hat Ahlwardt in seinem Buch die Auswucherung des deutschen Volkes auf die Juden zurückgeführt. Er erzählt daselbe auch von einem Berliner Rektor, obwohl er ganz genau weiß, daß derjenige, der den Rektor beobachtet hat, ein Christ war, nämlich ein Berliner Gemeinde-Schullehrer, ein in der Walle gefürchteter antisemitischer Hege, ein Ehr- und Halsabschneider: Johannes Krüger aus der Thierstraße in Berlin. Der Abgeordnete Bödel täuscht sich, wenn er mir ein liebevolles Entgegenkommen für die Antisemiten imputirt. Ich möchte mit dem Antisemitismus so wenig etwas zu thun haben als mit der denkbar niederträchtigsten Gemeinheit; ich betrachte ihn als eine Art moralischer Pest in unserm Volk.

Präsident v. Levetzow: Ich bitte den Redner wiederholt zur Sache zu sprechen.

Abg. Kunert (fortfahrend): Der größte Theil der antisemitischen Wortführer gehört nicht in den Reichstag sondern ist reich für ein Korrekturenhäus für stitlich Verwahrloste (Heiterkeit links).

Präsident v. Levetzow: Der Redner befolgt noch immer nicht meine Mahnung und spricht in demselben Sinne weiter.

Abg. Kunert (fortfahrend): Der Abg. Bödel hat mein Buch citirt, in dem die Worte saugen, saugen, saugen dem jüdischen Kapitalisten in den Mund gelegt sind. Der Abg. Bödel hat diese Worte aus dem Zusammenhange von 84 Zeilen gerissen. Der Hauptgedanke ist: die Ausbeutung des Proletariats wird gleichmäßig von Orthodoxen, Protestanten, Katholiken, Heiden, Freigeistern und Juden vorgenommen, vorausgesetzt, daß dabei ein kapitalistischer Profit abfällt. Ich werde zum Beweise dessen später mein Buch auf den Tisch des Hauses niederlegen. Ich kann beweisen, daß ich niemals Veranlassung gegeben habe, so beurtheilt zu werden, wie Abg. Bödel es hier gethan hat. Ich verweise nur auf meine Thätigkeit als Redakteur der „Schleisschen Nachrichten“, der „Volksmacht“, auf die große Zahl meiner Leitartikel gegen die Antisemiten, auf meine Reden in Volksversammlungen.

Präsident v. Levetzow: Ich muß Sie hiermit zur Sache rufen.

Abg. Kunert (fortfahrend): Wer für die herrschende Wirthschaftsweise eintritt, tritt bewusst oder unbewußt auch für die Auswucherung des Volkes ein. Die Verewigung der kapitalistischen Produktionsweise ist die Verewigung des Wuchers, und daher gehören die Antisemiten, die scheinbar gegen den Bucher donnern, in Wirklichkeit zu den Anhängern der Halsabschneider. (Heiterkeit.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antisemit): Ich danke den Herren für diese scharfe Abgabe; jetzt wird man uns doch im Volke nicht mehr mit den Sozialdemokraten in einen Topf werfen (Lachen links). Auf: Das würden wir uns sehr verbitten!). Herr Kunert hat demüthig um Entschuldigung gebeten dafür, daß er früher einmal etwas antisemitisch war (Heiterkeit links). Herr Stadthagen hat heute sehr erregt angefangen; Erregung scheint sein Normalzustand zu sein; aber ich kann es ihm nicht übel nehmen, denn gestern war er tief betroffen, als ich ihm zumuthete, ein Bad zu nehmen (Große Unruhe links). Wiederholte Auf: Pui! Langandauernde Unterbrechung). Ja, wenn Sie so debattiren, wie heute Herr Stadthagen, so muß man Ihnen so antworten: Auf einen groben Muth gehört ein grober Keil! Wenn Sie beweisen können, daß Herr Ahlwardt sich den Sozialdemokraten genähert hat, werden Sie gerade uns den größten Gefallen thun. Redner sucht aus seiner Rede von vor zwei Jahren nachzuweisen, daß Abg. Stadthagen falsch zitiert hat. Proben der berückeltesten Güterschläger-Listen habe ich ja gegeben, und auch Friedeberg-Arnswalde legt Zeugniß ab von ihrer Wirkung. Ich habe nicht so viel Geld und Zeit wie Sie. Mir daraus ein Verbrechen zu machen, daß ich die Liste noch nicht vollendet habe, das geht zu weit. Ich habe auch schon in einer meiner früheren Reden ausdrücklich

mid gegen alle Bucherer, christliche wie jüdische, ausgesprochen, und zwar in einer Rede, die Herr Stadthagen erwähnt hat; er hat sie also nicht einmal ganz gelesen. Das ist seine Wahrheitsliebe mir gegenüber! Das meine Wähler mich wieder wählen, dafür sorgen die Stammesgenossen des Herrn Stadthagen. (Heiterkeit.) Die heftige Güterschlächterliste habe ich als nicht ganz richtig erkannt und das dem Herrn Richter gegenüber zu geben. Die Güterschlächter, die Herr Stadthagen auch in verächtlicher Weise heute gegen mich wieder ausgespielt, stammen aus dem Jahre 1872/73, wo ich als blutjunger Offizier in Wucherhausen steckte. Erst 1880 bin ich mit Pension zur Landwehr übergetreten; wenn das also dem Kaiser Wilhelm so gefiel, dann brauche ich Ihre Anschuldrigung nicht zu beachten, mein Herr Stadthagen! Diese Papiere sind von den Wucherern zurückbehalten worden, nachdem sie längst bezahlt waren, und wurden gegen mich erst verwertet, als ich 1880 öffentlich auftrat. Mein Familienname ist älter als der jüdische Name Liebermann; ich habe auch auf dem Schlachtfelde gestanden und mein Blut fürs Vaterland vergossen wie meine Vorfahren. Das die Zugehörigkeit zum Kaufmannstande auch eine höhere Beteiligung beim Wucher begründet, dagegen möchte ich doch den deutschen Kaufmannstand in Schutz nehmen. Wie Herr Stadthagen sich über das biblische Glat „ein Fremder in Israel“ aufhalten kann, ist mir ein Räthsel. Die Juden haben auch Namen von Städten bekommen, z. B. Herr Stadthagen, es thut mir leid, daß Sie nicht aus Kalau stammen! (Heiterkeit.)

Abg. Wöckel: Die heutigen Reden der Sozialdemokraten zeigen uns, wie es mit dem geistigen Arsenal der Herren beschaffen ist. Die Herren können nicht sachlich diskutieren; sie stellen die neue Judenschaustruppe dar. (Heiterkeit.) Ich habe rein sachlich gesprochen, während die Antwort des Herrn Stadthagen durchaus persönlich und dieses Hauses ganz unwürdig war, allerlei Mafsch und Verdächtigungen enthielt, die nicht im mindesten in den Reichstag gehören. In Frankfurt giebt es nur einen Mann des Namens Wöckel, das ist mein Vater. Mit diesem persönlichen Angriff geht Herr Stadthagen gegen mich vor. Ist diese Kampfweise nicht unerhört? Willigt jemand hier im Hause diese Kampfweise? (Ruf: Das ist ja die Ihrige! Ahlwardt!) Ich habe stets zu seinen Feinden gehört, auch als er hoch stand im Ruhm. Aber sein Vorgehen war nicht schlechter als dasjenige des Hrn. Stadthagen. Den Vater beschimpfen, um den Sohn zu verächtigen, das hat Herr Ahlwardt nicht gethan. Die Schimpfereien, die heute die Sozialdemokraten, besonders Herr Kunert losgelassen haben, kann ein anderer doch erst beherrschen, wenn er ein halbes Jahr in die Markthalle gegangen ist. Ich habe gestern nicht ein einziges Wort gebraucht, welches die Herren berechtigt hätte, so in die Schimpfereien hineinzutreten. Herr Kunert wird nettod, wenn man seine Gedichte anführt; er hat aber doch jene vier Zeilen über den jüdischen Kapitalisten geschrieben. Ich habe ihn nicht denunzieren wollen; ich wollte bloß konstatieren, daß dieser Vers eine besondere Zuneigung zu den Juden nicht verräth. Die Sozialdemokraten können auch kein Interesse daran haben, daß die Güterschlächter verschwinden, denn je eher der Bauernstand durch diese Güterschlächtereien verschwindet, desto eher kommt der Zukunftsstaat. Wer sich entrüstet über andere Leute, soll doch nicht mit Steinen werfen. Fassen Sie sich in allen persönlichen Dingen an ihre eigene Nase! Spionieren Sie nicht im Privatleben! Es könnte da bei Ihnen auch manches an den Tag kommen. Wir aber weisen diese Art des Kampfes weit von uns ab. In meiner Druckerei wird stets der Tarif bezahlt; beweisen Sie mir das Gegenteil, aber sagen Sie nicht allgemeine Verdächtigungen in die Welt!

Abg. Stadthagen: Ich bedauere, daß der Abg. Liebermann von Sonnenberg es versucht, dem Reichstag Sand in die Augen zu streuen. Er hat durcheinandergeworfen seine Rede vom 30. April 1891 und von einem halben Jahre später. In der ersteren Rede ist enthalten, daß er nur den jüdischen Wucher bekämpfen will. Bereits am 30. April 1891 habe ich das gezeichnet, und da war es Zeit für den Abg. Liebermann, sich zu entrüsten. Erst ein halbes Jahr später hat er erklärt, er meine nicht den jüdischen Wucher, sondern jeden Wucher. Seitens der Sozialdemokratie soll eine Abgabe gegenüber dem Antisemitismus erfolgt sein. Stellen Sie sich doch nicht so, Herr Liebermann, als ob Sie den Parteitag der sozialdemokratischen Partei verfolgt hätten. Herr Wöckel hat allerdings richtig aus der Liebermannschen Schrift über die Grund- und Bodenfrage zitiert, aber an derselben Stelle steht ein Stierchen und die dazugehörige Anmerkung modifiziert den Ausdruck wesentlich. Die Sozialdemokratie hat mit dem Antisemitismus nichts zu thun. Private Abneigung gegen Juden oder Nichtjuden ist etwas ganz anderes. Eine Güterschlächter-Liste habe ich von dem Abg. Liebermann nicht verlangt. Er selbst hat sie vor zwei Jahren nachzubringen versprochen und geräth jetzt außer sich darüber, daß man ihn darüber mahnt. Wenn Abg. Liebermann wirklich davon glaubt, daß im Deutschen Reich irgend jemand so dumm ist, daß er annehmen könnte, ich hätte allen Ernstes gesagt, woran man äußerlich einen Juden erkennen könne, dann hört überhaupt die Möglichkeit auf, mit dem Abg. Liebermann ernsthaft zu verhandeln. Wenn Herr Liebermann darauf hinweist, daß er auf dem Schlachtfelde gestanden, so war das einfach seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit. Was den Vorwurf der Feigheit gegen die Juden betrifft, so mag Herr Liebermann aus der Statistik entnehmen, daß unter den Duellanten sehr viele Juden sich befinden. Ich protestire dagegen, daß ich den Vater des Herrn Wöckel in die Debatte gezogen habe. (Mische rechts und im Zentrum. Abg. Wöckel: Feigheit!) Gerade die antisemitische Partei betreibt die Ehrabschneiderei, welche Ihre (zu den Antisemiten) Väter und Großväter als schimpflich hingestellt haben. Davon lebt sie ja gerade. (Rufe: Wucher! Schluß! Zur Sache!) Wir bekämpfen die Ausbeutung in jeder Gestalt.

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.

In persönlicher Bemerkung erklärt Abg. Liebermann v. Sonnenberg zahlreiche Ausführungen des Abg. Stadthagen für unrichtig. Wenn Herr Stadthagen sage, Herr Liebermann habe auf dem Schlachtfelde nur seine Schuldigkeit gethan, so sei das unrichtig, er habe mit Auszeichnung gekämpft. (Ruf links: Wer das glaubt!) Mein Herr dort, Sie sind ein unverschämter Patron! (Präsident v. Pöschke ruft den Redner für diesen Ausdruck zur Ordnung.) Kommen Sie mir doch vor die Bühne! (Große Anruhe und Erregung links.)

Abg. Wöckel (persönlich): Herr Stadthagen hat seinen Ausfall gegen meinen Vater nicht bereut, sondern noch zu entschuldigen versucht. Ich erkläre ihn deshalb für einen Feigling! (Stürmische Unterbrechung und andauernde Anruhe links. Stufe links: Schluß! Dump!)

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Es sind hier wiederholt die gräßlichsten Schimpfsworte gefallen von beiden Seiten ohne eine Klage des Präsidiums.

Präsident von Zevehow: Ich kann nur das rügen, was ich höre. (Zwischenruf links: Wir haben es alle gehört!)

In der Spezialdiskussion wurde ohne Debatte Artikel I—III nach dem Beschlusse zweiter Lesung genehmigt.

Art. IV (Rechnungsauszug) soll nach einem Antrage aller Parteien mit Ausnahme der freisinnigen in redaktionell etwas veränderter Fassung angenommen werden.

Zu den Instituten, auf welche die Vorschrift des Art. IV keine Anwendung finden soll, will der Abg. Osann neben den öffentlichen Banken auch die unter öffentlicher Aufsicht stehenden Banken hinzuzufügen.

Abg. von Quos empfiehlt die Kompromißfassung.

Abg. Träger bekämpft einmal diese jüdische Keinerung, deren Werth ein sehr problematischer sei, die aber den soliden Geschäftsversteher ganz ungemein belasten würde und bittet das Haus um Ablehnung derselben. Seine Bedenken beruhen nicht auf Pedanterie, sondern entsprangen praktischen Rücksichten.

Abg. Büsing muß anerkennen, daß die vereinbarte Fassung auch noch keine vollständige Lösung der streitigen Frage bildet, bittet aber um Annahme des Antrages, um wenigstens diejenigen Verbesserungen der Vorlage, die er enthält, in Sicherheit zu bringen.

Abg. Funt (Dr.) spricht sich gegen, **Abg. v. Stamm (Rp.)** für den Kompromißvorschlag aus, der auch vom Bundesrathstisch durch Geh. Rath Gutbrod empfohlen wird.

Abg. Scipio (ntl.) begründet den Antrag Osann.

Art. IV wird nach dem Kompromißantrage unverändert gegen die Stimmen der meisten Freisinnigen angenommen. Art. V ist in zweiter Lesung auf Antrag Mintelen ausgenommen worden. Er überläßt der Landesgesetzgebung weitere Bestimmungen zur Verhütung und Bestrafung des Wuchers bei dem Handel mit Vieh, bei der Viehpacht und bei dem Handel mit ländlichen Grundstücken zu treffen.

Abg. Mintelen beantragt heute, den Art. V so zu fassen, daß der gewerbsmäßige Betrieb der Viehvarstellung (Viehpacht), des Viehandels und des Handels mit ländlichen Grundstücken dem § 33 der Gewerbe-Ordnung unterstellt wird, wonach diese Betriebe unter die Konzeptionspflicht gestellt werden.

Abg. Schrader (Dr.) spricht sich mit großer Schärfe gegen diese neue Fassung und gegen die plötzliche Aenderung einer bestehenden festen Gesetzgebung aus, für welche Aenderung nicht das geringste ausreichende Material vorliege.

Art. V wird angenommen.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. Vorlage, betr. die Erbschaftsteuer, Nachtragsetat, Abgabungs-geschäfte.

Tokales.

Mai-Feier. Die Fest-Nummer zum 1. Mai ist heute im Verlage des „Vorwärts“ erschienen. Sie ist würdig der hohen Bedeutung des Arbeiter-Festtages aller Länder sowohl im textlichen Inhalt wie in den Illustrationen ausgestattet. Wir brauchen wohl kein weiteres Wort zur Empfehlung zu sagen.

Parteienossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises! Der internationale Feiertag des Proletariats rückt heran. Die Arbeiter aller Länder rufen sich nun, den Gedanken der Verbrüderung durch den Weltfeiertag, den 1. Mai, zu feiern. Noch nie ist der Gedanke der internationalen Verbrüderung aller Völkern und Nationen so zum Ausdruck gekommen, als seit dem Pariser Kongreß, seit der Proklamirung des 1. Mai als gemeinsamen Feiertag der Arbeiter der Kulturwelt. Während die Bourgeoisie der verschiedenen Nationalitäten unausgesetzt gegen einander hehen und so die Völker in beständige Kriegsgelahr stürzen, dokumentiren die Arbeiter aller Länder, daß sie sich als Brüder betrachten, und in diesem Sinne feiern auch wir den 1. Mai.

Parteienossen, die diesjährige Feier des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten) findet in folgenden Lokalen, Nachmittags 4 Uhr statt: 1. Brauerei Friedrichshain (früher Lips) am Königsdamm. 2. Elysium, Landsberger Allee 39—41. 3. Königsdamm, Nr. 117. Am Sonntag findet nach einer Annonce im „Vorwärts“ bei Joel und in der Konfordia-Festhülle ein Fest statt, das aber in keinem Zusammenhang mit dem 1. Mai steht. Wir erjuchen die Genossen den 1. Mai und nicht den 30. April zu feiern.

Die Vertrauenspersonen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten).

Achtung, fünfter Wahlkreis. Genossen und Genossinnen! Am Sonntag kommt das zum 1. Mai bestimmte Flugblatt zur Verbreitung. Unterzeichner erlaubt sich nochmals Such anzufordern, an der Verbreitung theilzunehmen. Die Parteienossen haben sich Sonntag früh 7 1/2 Uhr in den drei bekannten Lokalen einzufinden. J. A.: Rob. Drecher.

Die Lokalkommission von Wilhelmshagen rügt in einer Zuschrift, daß viele Berliner Genossen sich gar nicht nach der Lokalliste richten und solche Wirthe, die wie der Balthofbesitzer Voigt vor dem Landsberger Thor und der Restaurateur Lieberwirth in geschäftlicher Weise die Sozialdemokraten angreifen, dennoch aussuchen. Sie macht besonders die Leichenkutscher und Leidtragenden, welche nach den Kirchhöfen der St. Andreas-, Markus-, Hedwigs- und Pius-Gemeinde kommen, hierauf aufmerksam und verweist sie auf die Lokalliste.

Fürst Bismarck bringt durch eine hiesige Wochenschrift, die durch ihren Bismarck-Kultus bekannt ist, eine Ausführung über seine Stellung zum Antisemitismus. Der betreffende Artikel versucht Bismarck's Begünstigung der Anfänge des modernen Antisemitismus zu erklären und zu entschuldigen. Bismarck sei eben durch seine ganze Erziehung im Sinne seiner Zeit kein Judenfreund und 1847 Gegner der Emanzipation gewesen. 1869 habe er die Emanzipation begünstigt, da er bei Bleichröder ein rascheres Verständnis für seine nationalen Pläne gefunden habe, als bei den Axiern der Opposition. Er habe erkannt, daß die Vermischung der Rassen dem jungen Reich nur Vortheile bringen könne — allerdings habe man auch keine Zeit gehabt, sich mit der Judenfrage zu beschäftigen. Das Ausfludern des Antisemitismus nach der Gründerperiode sei begreiflich, da die Menge der Betragenen Kapitalismus und Judenthum verwechselte — und der Jude für die Massen der zunächst erkennbare Repräsentant der Weidherrschaft sei. 1880 habe zwar die antikapitalistische Bewegung nur durch das Ventil des Judenthums so gemildert werden können, daß sie vor dem Einmünden in die Sozialdemokratie bewahrt blieb; ferner sei damals die Mehrheit des Parlaments jüdenfeindlich gewesen, er habe aber trotzdem weislich die Rechte der Juden nicht geschmälert. Die Aera Ahlwardt sei die Folge der jetzigen unproduktiven Politik, die ferlernde Kraft suche eine Entladung im antisemitischen Sport. Er wäre mit Ahlwardt ohne Gerichte und Kommissionen rasch fertig geworden. Das Geheul gegen die Juden sei Feigheit, man wolle nur die Nothrufe des Volkes überhören. Er habe nie um Weisfall weder bei Antisemiten noch Juden gebuhlt und gefesse sich auch heute keiner der beiden Parteien zu. Gefährliche Mittel gegen die Juden seien zwecklos, allmählig würde die Vermischung und Kreuzung der Rassen das Ihrige thun. Die Beharrlichkeit, mit der bald Juden bald Antisemiten als allergefährlichste Feinde des Reichs ausgegeben würden, während an mancher entscheidenden Stelle das Gefühl der Verantwortlichkeit fehle, während Polentum, Freihandel, Centrum und Sozialdemokratie sich zu vergnügten Abhellen lästen, erinnere ihn an Männer, die, weil sie mit den unringenden Kautschieren nicht anzubinden wogen, ihren Heldenmuth an einem Müdenschwarm ausstoben!

Das Herold'sche Telegraphenbureau macht für diesen Artikel Reklame, indem es fälschlich denselben als ein Interview des Herausgebers der Wochenschrift mit Bismarck anklündigt. Wir konstatiren nur diese Thatsache, die uns übrigens gleichgültig ist. Was Bismarck über die Ursachen seiner Förderung des Antisemitismus sagt, haben wir übrigens stets erkannt und ausgesprochen. Der Feindbismarck Bismarck konnte natürlich in seiner Aversion gegen Juden verlangen, aber der Freund Bleichröder war zu guter Geschäftsmann, um nicht auch gleich den ärgsten Juden sein Geschäftsführer zu machen.

Interessant ist uns nur, wie nach den Auslassungen Bismarck's sich die Antisemiten, die so gerne Bismarck als ihren Haupt-Heiligen vergöttern, verhalten werden.

Freie Arztwahl. Zu dieser Frage hat jetzt auch die laut Jahresabschluss am 1. Januar 1898 (einschließlich von 1740 Beurlaubten) 19280 Mitglieder zählende Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter Stellung zu nehmen. In der am 28. April stattgefundenen Generalversammlung (Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber setzte Dr. Mugdan vom „Verein frei gewählter Kassenärzte“ die Vortheile dieses Systems gegenüber der Zugehörigkeit zum „Gewerks-Krankenverein“ dar. Er fasste diese in vier Punkten zusammen: 1. Die Kassenmitglieder haben das Recht, sich von jedem beliebigen, dem Verein angehörenden Arzt behandeln zu lassen. (Die Zahl derselben beträgt zur Zeit 850, gegenüber den 143 angestellten Ärzten des Gewerks-Krankenvereins.) 2. Die ärztliche Behandlung würde dadurch künftighin eine sorgsamere und humanere sein. 3. Die Kasse würde zwar für Ärzte mehr zahlen als vorher; dafür würden aber die Kranken schneller gesund werden und somit durch Verringerung des Krankengeldes den Kassen bedeutende Ersparnisse erwachen, mindestens aber ein Ausgleich herbeigeführt werden; 4. Hätten die Kranken eine sofortige Uebersetzung ins Krankenhaus, vor dem viele Arbeiter häufig ein nur allzu berechtigtes Grauen empfinden, weit weniger zu befürchten, als beim System des Gewerks-Krankenvereins. Dort habe häufig ein Arzt 50 und mehr Kranke in seiner Sprechzeit zu behandeln und ist darum nur zu leicht geneigt, sich eine Erleichterung, durch Verschreiben der Hauskranken ins Krankenhaus, zu verschaffen. Bisher hätten sich, so schloß Dr. Mugdan seine Ausführungen, 13 große Kassen, darunter 10 Ortskassen, für das System der freien Arztwahl entschieden und würde die Tischlerkasse unter Würdigung aller Umstände jedenfalls zu demselben Ergebnis kommen. — In der Person des Sanitäts-Rath Dr. Kappel war zu dem Thema ein Korrespondent bestellt worden, der die vom Vorredner angeführten Vortheile rundweg bestritt. Den Mitgliedern würden mehr Kosten erwachsen und nichts weiter. Was der „Verein freigewählter Ärzte“ leisten könne, biete der Gewerks-Krankenverein“ jetzt schon im vollsten Maße. Sie (die Gewerksvereins-Ärzte) hätten außerdem die Rückfichten auf die Kassen selbst zu nehmen, damit diese in ihrem Bestehen nicht gefährdet würden. Er warnte vor den Folgen des Experimentirens und hoffte, die besonnenen Elemente innerhalb sämtlicher Kassen würden sich von dem Begeisterungstaukel für die freie Arztwahl nicht fortreißen lassen, sondern nach wie vor einsehen für die Erhaltung und den Ausbau des alten, bewährten Berliner Gewerks-Krankenvereins. Die lebhafteste Diskussion bewies eine sehr getheilte Meinung über die Frage. Beschluß wurde nicht gefaßt; dieser ist vielmehr einer am Montag, den 15. Mai, im Saale der Konfordia, Andreasstraße 64, stattfindenden Versammlung sämtlicher Mitglieder genannter Kasse vorbehalten.

Die Vereins-Masse wird heute vielfach benutzt, um ein einfaches Privatgeschäft unter derselben zu verbergen. Eine solche Masse trug, wie wir wiederholt nachwiesen, der Krankenkassen-Verein „Zukunft“, der Jahre hindurch Tausende zahlende Mitglieder umfaßte, während sie in den wesentlichsten Dingen von jedem Einfluß auf den Verein ausgeschlossen waren. Vor uns liegen die Statuten des „Berliner Dienervereins“, W. Wauerer, 69, mit welchem Namen sich ein gewöhnliches Privat-Stellenvermittlungsgeschäft der Herren A. und E. Schirow bezeichnet. Die Bezeichnung dieses Geschäfts als eines Vereins ist eine reine Komödie. Das zeigen schon die einzelnen Paragraphen des Statuts, wie die nachfolgend zitierten:

§ 20. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und den von ihm zu wählenden Vorstandsmitgliedern.

§ 21. Die Leitung und Verwaltung des Vereins übernimmt der Vorstand, welcher aus dem Vorsitzenden A. Schirow und dem Geschäftsinhaber dieser Vereinigung, E. Schirow, besteht. Derselben haben über Alles zu bestimmen, was auf die Leitung und Verwaltung Bezug hat und genügt ihre alleinige Unterschrift zu allem.

§ 22. Die Kassen der Stellennachweiser und des Mendanten sind die mächtigsten im Verein, weil sie die meiste Arbeit verursachen und sehr die Zeit in Anspruch nehmen, demzufolge sollen sie auch gut aus der Kasse bedollet werden.

Der Vorsitzende behält sich das Recht vor, falls er genaunte Kassen führen will, daß er in diesem Falle dann auch das monatliche Gehalt, welches er dem betreffenden Beamten zahlen würde, selbst beansprucht und aus der Kasse entnimmt.

Die Herren A. und E. Schirow haben ausschließlich alle Rechte; sie können auch den Verein auflösen und fällt ihnen dann das Vereinsvermögen zu. Sie bestimmen die monatlichen Beiträge und können von den neu eintretenden Mitgliedern die Zahlung für mehrere Monate im voraus verlangen. Die Rechte der Mitglieder bestehen, wenn sie ihre monatlichen Beiträge pünktlich bezahlt haben, darin, daß sie das Recht haben zu fragen, ob für sie eine passende Stelle offen sei. Nach erhaltenem Bescheide haben sie aber sofort wieder das Bureau zu verlassen, es sei denn, daß der Bureauchef ein längeres Verweilen wünsche.“ Im § 29 heißt es: „Es werden niemandem Versprechungen gemacht, ob und wann er eine Stelle erhalte, daher darf auch niemand darüber, falls er nicht eine Stelle bekommen hat, Beschwerden führen oder sich ungebührlich darüber äußern oder gar das gesuchte Geld zurückverlangen, was in keinem Falle zurückgegeben wird, da sonst dasselbe sofort aus dem Vereine ausgeschlossen werden kann.“

Auch sonst ist Sorge dafür getragen, daß kein Vereinsmitglied sich etwa einbilde, es habe in den Vereinsdingen etwas mitzureden. Man sieht also ganz deutlich, daß hier der Name eines Vereins“ der reine Schwindel ist, und daß nur Schlepper und Helfershelfer oder ganz Dummsch zu Vereinsmitgliedern hergeben können. Da hat doch jeder einzelne Geschäfts-Kommissionär, der die Vermittlung unter eigenem Namen betreibt, mehr Anspruch auf Zuverlässigkeit und Redlichkeit. Kechnliche Stellenvermittlungsbureau, die den Namen eines Vereins mißbrauchen, existiren in Berlin noch mehrere.

Gegen dieses Unwesen Front zu machen, findet am Mittwoch, 3. Mai, Abends 9 Uhr, bei Volz, Alte Jakobstraße 75, eine öffentliche Versammlung der Haus- und Geschäftsdienner, Packer, Kutscher u. s. w. statt, zu welcher speziell die Mitglieder des „Berliner Dienervereins“, der „Diener-Adademie“ und des „Deutschen Diener-Bundes“ eingeladen sind. Sämtliche Berufsgenossen haben ein dringendes Interesse daran, dem Stellenvermittlungsbureau, Schwindel, der gemeinsten Art der Ausbeutung des Arbeiter-Nothstandes, entgegenzutreten.

Die Eltern der verschundenen Hedwig Weber haben die Bekohlung für die Nachweisung über den Verbleib des Mädchens von 800 auf 1000 Mark erhöht. Am 17. April hat das Kind gegen vier Uhr Nachmittags das elterliche Haus verlassen und ist um fünf Uhr mit einer kleinen Freundin an der Winterfeldstraße gesehen worden. Seitdem fehlt jede Spur der Verschundenen. Die Eltern, die gestern, Freitag, den zehnten Geburtstag des Kindes feiern zu können gehofft hatten, haben zwar mancherlei Mittheilungen über das Verbleiben des Mädchens erhalten, keine aber hat sich bestätigt; sie werden von Kartenlegerinnen und anderen Schwindlern überlaufen; in einem Falle sind sie sogar ganz böswillig und ruchlos irre geführt worden.

Brandwachen werden von jetzt an Sonntags in den Posten der öffentlichen Umgebung bezins ausgestellt werden. Die Veranlassung zu dieser Maßregel ist in der großen Anzahl von Waldbränden zu suchen, die am vergangenen Sonntag in der Umgebung Berlins stattgefunden haben und, wie man vermuthet, zum größten Theil durch die Sorglosigkeit Berliner Ausflügler verursacht worden sind.

Gerichts-Beilage.

Ein Heilkünstler von besonderer Gemeingefährlichkeit stand gestern in der Person des „Homöopathen“ Hermann Gerbing vor der 130. Abtheilung des Schöffengerichts. Es wurde ihm Medizinalpraxis und wiederholter Betrug zur Last gelegt. Gerbing hat eine wechselvolle, aber wenig rühmliche Vergangenheit hinter sich, die in der gestrigen Verhandlung zur Kennzeichnung seiner Person aufs eingehendste erörtert wurde. Er hat es in der Gemeindefschule nur bis zur zweiten Klasse gebracht. Dann wurde er Laufbursche, darauf Briefträger. Im Jahre 1890 vertauschte er die einfache Postuniform mit einer anderen glänzenderen, die er sich nach eigener Phantasie zusammenstellte. Als ein Seitenstück zur Heilarmee gründete der Angestellte damals die sogenannte „Friedensarmee“, wobei er sich selbst zur Würde eines Generals erhob. Obgleich der „General“ Diszident war, gab er vor, die Menschen dem wahren Christentum zu führen zu wollen. Es kam nur zu einigen postenhaft verlaufenen Versammlungen, die „Armeen“ löste sich auf und der „General“, der einen schweren Diebstahl begangen, wurde in Haft genommen. Das Gericht verurtheilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis. Als Gerbing im April 1891 wieder in Freiheit gesetzt wurde, nahm er in einem Petroleumgeschäft eine Stelle als Hausdiener an. Im vorigen Frühjahr tauchte er plötzlich in der Strelitzerstraße als „Homöopath“ auf. Er ließ in dortiger Gegend morlich-reicherische Reden vertheilen. Auf Betragen des Vorstehenden, Professor Neuhard, wie er denn plötzlich zu seinen medizinischen Kenntnissen gekommen sei, nachdem er sich früher auf theologischem Gebiete verhielt, erwiderte der Angestellte, daß er seine Kenntnisse „aus Büchern“ habe, die er nach Feierabend fleißig durchgelesen, als er noch Hausdiener war. Er bestritt, daß er sich „Doktor“ oder „Arzt“ genannt, er habe sich nur als „Homöopath“ ausgegeben und dazu sei jeder berechtigt, der sich mit der Homöopathie befaßt. So habe das Reichsgericht entschieden. Für die von ihm den Kranken verabfolgten Medikamente habe er keine Vergütung genommen, sondern sich nur für die Raththeilung eine Vergütung von 1 M. 50 Pf. pro Person geben lassen. Gerichtsammler Dr. Bischoff beglaubigte, daß der Angestellte Pulver verpackt habe, die theils nur aus reinem Milchzucker, theils aus Milchzucker mit Streifen gelbes vermischt, bestanden hätten. Jemand ein medikamentöser Stoff habe sich in den Pulvern nicht nachweisen lassen. Dem Angestellten wurde vorgehalten, daß er in seiner Eigenschaft als „Homöopath“ bereits zweimal wegen Betrugs bestraft worden sei. Im vorliegenden Falle traten nur Frauen als Zeugen auf. Eine Frau Vorherr befandete, daß ihr der Angestellte von einer Freundin empfohlen sei. Derselbe habe sich zwar nicht ausdrücklich als „Arzt“ eingeführt, aber sich doch in seinem ganzen Auftreten den Anschein gegeben, als sei er ein solcher. Ihre beiden Kinder, Mädchen im Alter von 9 bzw. 12 Jahren, habe der Angestellte auf ihren Wunsch untersucht. Sie habe die Mädchen am Oberkörper entblößt und der Angestellte habe sein Ohr gegen die Brust gelegt, mit einem Ohrenröhrchen auf den Rücken geklopft und sich überhaupt mit einem Nimbus umgeben, als sei er ein studierter Arzt. Die ihr „gegen Nerven“ verabfolgten Pulver hätten eine ungünstige Wirkung gehabt, sie habe den Angestellten deshalb nach zweimaligem Besuche, für welche sie insgesammt 9 Mark bezahlt, nicht wieder in Anspruch genommen. Die beiden anderen Zeuginnen befanden, daß sie durch den Angestellten nicht getäuscht worden seien. Da die Uebersetzungen bereits verjährt waren, so konnte der Staatsanwalt nur den Betrug gegen die Zeugin Vorherr als erwiesen ansehen. Er beantragte aber für diesen Fall eine Gefängnisstrafe von einem Jahre, da die Handlungsweise des Angestellten, der mit Erfolg auf die Leichtgläubigkeit der Ungebildeten spekulire, eine sehr gemeingefährliche sei und diejenigen Leute, die nicht alle werden, besonders geschädigt werden müßten. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage auf ein Jahr Gefängnis, lehnte aber mit Rücksicht darauf, daß der Angestellte noch ein vor wenigen Tagen gestorbenes Kind zu vererdigen hat, die beantragte sofortige Verhaftung ab.

Der bereits 27 Mal, zumeist wegen Gewaltthätigkeiten vorbestrafte Athlet und Handelsmann Robert Manned stand gestern wiederum wegen schwerer Mißhandlung und Bedrohung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Die unverschämte Schult, von der der Angeklagte sich ernähren ließ, hatte Anzeige gegen ihn erstattet und ein Aktstet beigeschickt, worin der Arzt bescheinigte, daß die Schult eine lebensgefährliche Behandlung erlitten haben müsse. Die Einzelheiten, welche die Zeugin Schult im Termin befandete, waren geradezu haarsträubend, der Staatsanwalt bezeichnete die Handlungsweise des Angeklagten als bestialisch. Das Gericht verurtheilte Manned zu zwei Jahren Gefängnis.

Im verachteten Mord grante die That, die gestern den Arbeiter Max Schulte vor die siebente Strafkammer des Landgerichts I führte. Schulte ist ein schlechter Ehemann und Familienvater, seine Ehefrau konnte dessen fortgesetzte Mißhandlungen nicht länger ertragen, sie verließ ihn, nachdem er sich in besonders brutaler Weise gegen sie und die Kinder vergangen. Für diese Straftat wurde Schulte von der Strafkammer zu 2 Jahren Gefängnis verurtheilt, die er zur Zeit verbüßt. Bevor diese Verurtheilung erfolgte, beging Schulte ein neues Verbrechen gegen seine Ehefrau. Als die letztere am 29. Destr. v. J. über die Luftbeide ging, holte der Angeklagte, der ihr heimlich gefolgt war, sie ein und verfehrte ihr mit geöffnetem Messer einen heftigen Schlag gegen den Kopf. Die Frau brach blutend zusammen. Der Angeklagte ließ dann noch die Drohung aus, daß er sie tödten werde, wenn sie ihn nicht wieder bei sich aufnehme. Nur dem Umstande, daß die Frau der starken Kälte wegen zwei Kopftücher trug, ist es zuzuschreiben, daß die ihr zugefügte Verletzung nach einigen Wochen heilte. Das Gericht verurtheilte den Angeklagten wegen dieser Straftat ebenfalls zu 2 Jahren Gefängnis, so daß er insgesammt 4 Jahre zu verbüßen hat. Der hagerfüllte Blick und die Worte: „Ja warte, ich komme wieder heraus!“ die der Angeklagte seiner Ehefrau beim Verlassen des Saales zurief, weilsagten nichts Gutes.

Leipzig, 28. April. Das Reichsgericht hat die Revision der Frau Apothekerin Jhrer in Velle, welche wegen Verleumdung des Offizierkorps und der Jähndreie der deutschen Armee von der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts I. am 14. Dezember zu einer Geldstrafe von 200 M. verurtheilt war, verworfen.

Veranstaltungen.

Eine Bauhandwerker-Versammlung, welche am Donnerstag abgehalten wurde, beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: Stellungnahme zu einem gemeinsamen Vorgehen gegenüber der Verschlechterung unserer Lage durch die Unternehmer und Meister. Der Referent Kessler beleuchtete in einem längeren Vortrage die traurige Lage der Arbeiter im Baugewerbe. Unter den verderblichen Verhältnissen der letzten Zeit habe eine Nutzlosigkeit und Theilnahmlosigkeit Platz gegriffen, die befürchten lasse, daß die Bauhandwerker auch noch größeren Druck gegenüber sich widerstandlos verzeihen würden. So könne es nicht weiter gehen, man müsse sich wieder ermannen und den Unternehmern bei künftigen Angriffen muthvoll und geräthlos gegenüber treten. Der Ausführungs-Ausschuß des Bauarbeiter-Kartells habe daher diese Versammlung einberufen und lege ihr die Frage vor: Was soll nun werden? In der Diskussion sprachen Maurer Hanisch, Töpfer Hoffmann, Töpfer Thiem, Zimmerer Tamm, Töpfer Zauser und der unvermeidliche Rentier Wolz. Kessler erklärte

sich mit dem gemachten Vorschlage, das Bauarbeiter-Kartell wieder nachdrücklich in Aktion treten zu lassen, einverstanden. Allerdings sei die gegenwärtige Situation kritisch. Würde der Reichstag aufgelöst, so bränge die politische Agitation die Gewerkschaftsbewegung mehr in den Hintergrund. Trotzdem aber würde alles, was möglich sei, gethan werden. Voraussetzung sei allerdings, daß die Baugewerkschaften das Bauarbeiter-Kartell mehr als bisher, namentlich auch materiell, unterstützen. Steinfeyer Art wünschte, daß die Bauarbeiter sich mit der übrigen Arbeiterkraft unter einen Hut begeben und sich der Gewerkschaftskommission anschließen möchten. Nachdem noch Maurer Wille, Klempner Müller, Klempner Schelling und Maler Borges gesprochen hatten, wurde der Ausführungsausschuß des Bauarbeiter-Kartells beauftragt, in nächster Zeit an einem Sonntage eine gemeinsame Versammlung einzuberufen.

Eine öffentliche Töpfer-Versammlung wurde am 16. April in Rönne abgehalten. C. Thiem sprach dort über die wirtschaftliche Lage. Nach der Diskussion wurde eine im Sinne des Vortrags gehaltene Resolution einstimmig angenommen; auch verpflichteten sich die Töpfer von Rönne und Umgebung, den Berliner Tarif anzuerkennen und ihn in allen Theilen hochzuhalten. Getadelt wurde noch in der Versammlung, daß die Mitglieder der Filiale mit der Beitragszahlung sehr im Rückstande sind. — Am 23. April tagte in Eberswalde eine öffentliche Versammlung der Töpfer, in welcher gleichfalls Thiem referirte. In der Diskussion sprachen Daudert und Michalsky. Die Versammlung beschloß, daß von Eberswalde ein Delegirter zum Kongress nach Halle gesandt werden solle. Auch hier wurde über die mangelhaften Rassenverhältnisse Klage geführt.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgebung hatte kürzlich in Friedrichsberg eine Wander-Versammlung veranstaltet. Blaurock hielt in derselben einen Vortrag über Kartelle, welcher lebhaft diskutiert wurde. Nach Schluß der Debatte fand eine Resolution Annahme, in welcher sich die Versammlung für die Zweckmäßigkeit der Organisation aussprach. Auch wurde zur regen Theilnahme an der Maifeier aufgefordert. — In Charlottenburg tagte am 25. April eine Wander-Versammlung des Vereins; H. Wille referirte in derselben über die Ursachen der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe. Nachdem über den Vortrag diskutiert und eine im Sinne desselben gehaltene Resolution angenommen war, wurde lebhaft zur Kräftigung der Organisation aufgefordert.

In der öffentlichen Versammlung der in der Schirmbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche am 26. d. M. stattfand, referirte Rahn über die Verklärung der Arbeitszeit. Der Redner führte aus, daß der nächste Schritt zu dieser notwendigen Maßregel der Beitritt aller Berufsangehörigen zur Gewerkschaftsorganisation sei. In der Diskussion waren alle Redner eines Sinnes darüber, daß den Unbefähigten im Gewerbe und speziell der Hausindustrie energisch zu Leibe gegangen werden müsse. Auch wurde es scharf getadelt, daß die älteren Kollegen und die Wamsüß, sowie auch einige Mitglieder der Agitations-Kommission in der Versammlung fehlten. Demzufolge wurde auch die Erörterung der Verklarungsfrage von der Tagesordnung abgesetzt. Nächste ersuchte die Mitglieder des Schirmmachervereins, ihre Organisation mehr der allgemeinen Arbeiterbewegung anzupassen, jezt habe sie lediglich den Charakter eines Vergnügungsvereins und könne demzufolge zur Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder wenig beitragen. Nachdem noch die Aufforderung zur regen Theilnahme an der Maifeier ergangen war, schloß die Vorsitzende Frau Palm die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Der Verband aller in der Metallindustrie Beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgebung hielt am 24. April eine außerordentliche Bezirksversammlung für den Norden ab, in welcher Roland über den „Sieg des Sozialismus“ referirte. Unter Vorsitzendem wurde von Rätber eingehend das Verhalten des deutschen Metallarbeiter-Verbandes und die Bekannmachung desselben im „Borwärts“ erörtert und den Kollegen klargelegt, welche etwaigen Vortheile der Uebertritt in diesen Verband bieten würde. Es traten nun einige, auf dem Boden der Zentralisation stehende Kollegen auf, doch wurde ihnen bedeutet, daß sie den wirtschaftlichen Boden Berlins und die eigenartigen Verhältnisse kennen lernen sollten, um ein klares Bild zu erhalten. Eine Verschmelzung der beiden Verbände bedeute eine Zentralisation, denn bei den meisten Branchen, welche der Berliner Verband umfasse, und namentlich bei denjenigen, welche schon zentralisiert gewesen seien, herrsche eine solche Abneigung gegen die Zentralisation, daß dieselben sofort zu ihren alten Fachvereinen zurückkehren und somit die ganze Arbeit der letzten Jahre zu nichte machen würden. Nachdem noch die Kollegen aufgefordert worden waren, in denjenigen Werkstätten, wo noch keine Vertrauensleute vorhanden sind, solche zu wählen und in den Konferenzen zu entsenden, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer von Friedrichsberg, Rummelsburg und Umgebung tagte am 23. April. Nach einem von Blaurock gehaltenen Vortrage über die wirtschaftliche Lage der Maurer verpflichtete sich die Versammlung, über die Vorgänge auf den Bantzen, betreffend die Behandlung und Lohnzahlung, dem Vertrauensmann in kürzester Zeit Bericht zu erstatten. Hierauf wurde Fritz Karg, Rummelsburg, Thüschmidtstr. 17, D. L. für die genannten Orte zum Vertrauensmann gewählt. Derselbe nimmt Beiträge zum Generalfonds des Sonntagsabends bis 9 Uhr in seiner Wohnung und später in Friedrichsberg, Wartenbergstr. 67 bei Albert Lange entgegen. Zum Delegirten für den am 12. und 13. Mai in Potsdam stattfindenden Kongress der lokalorganisirten Maurer wurde ebenfalls der Kollege Karg gewählt. Es wurde noch bekannt gegeben, daß Karg auch Abnommens auf den „Bauhandwerker“ entgegennimmt.

Neuer Berliner Handwerker-Verein. Sonabend, den 29. April er., Vereinsversammlung bei Dehmann, Wilmstr. 11. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Friedländer, Thema: „Historische Momente“.

Conferenzen und Wanderkurse „Waldeggau“. Sonabend, den 29. April, Abends 8 Uhr, Sitzung in Wolf's Restaurant, Köpenickerstr. 44.

Vergnügungsverein Jugendfreunde. Sitzung am Sonabend, den 29. April er., Abends 9-11 Uhr, im Restaurant August Schütz, Franziskanerstr. 20.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. d. M., Vormittags 10 Uhr, Melchiorstraße 28. Vortrag des Herrn C. Vogler: „Werden und Vergehen“.

Theater- und Vergnügungsverein Frithulian. Sitzung am Sonntag, Abends 8 Uhr, bei Herrn Dreher, Wilmstr. 16. Nachher: Spieltheater und Tanz.

Christliche Gesellschaft. Versammlung am Sonntag, den 28. April er., Abends 8 Uhr, Romanbantenstr. 29. Vortrag des Herrn Dr. Wüggemann über: „Com. Wirkung des Götterglaubens“.

Haus-Verständiger, Vater, Markthelfer und Berufsgenossen. Vorph öffentliche Versammlung am Sonntag, den 28. April er., Vormittags 10 Uhr, bei Wolf, Alts-Jacobstraße 75. Vortrag über: „Die Bedeutung des 1. Mai.“ Referent: Genosse Dr. Wüggemann mit Diskussion.

Als der Brandstiftung dringend verdächtig verhaftet wurde in der Nacht zum Freitag die Wirthschafterin Bertha Schimpf, welche bei dem Musikdirektor Kottisch in Weihensee, Lehringstraße 2 beheimathet ist. — Gegen 1/12 Uhr Nachts entstand an dem Dachboden dieses Hauses ein Feuer, welches mit so rascher Schnelligkeit um sich griff, daß eine Stunde später bereits das gesammte Dachgeschoß, sowie die Balkenlage der oberen Wohnungen von den Flammen ergriffen waren. Zwei Jäger der herbeigerufenen Berliner Feuerwehr, sowie die Weihenseeer freiwillige Wehr hatten bis 9 Uhr Morgens mit der Bekämpfung des wüthenden Elementes zu thun. Da von Postanten beobachtet worden, daß die Sch. bald nach Ausbruch des Feuers aus dem Hause fortgelaufen, ohne Meldung zu machen, Brandstiftung aber höchst wahrscheinlich vorliegt, so wurde die Wirthschafterin festgenommen und in Haft bekalten.

Ein entsetzlicher Unglücksfall wird uns aus der Orlamünder Appreturanstalt in Rummelsburg gemeldet. Dort war am Donnerstag gegen 2 Uhr Mittags der 25jährige Arbeiter Ernst Lindner beschäftigt, mittels einer Kurbel Stühle Satin hoch zu winden und nach der Delatormaschine zu schaffen. Plötzlich schlug durch eine unvorsichtige Handhabung des Apparats die Kurbel zurück und die schwere eiserne Stange trat den daran stehenden L. derart gegen den Kopf, daß der Unglückliche bewußtlos zu Boden sank. L., der einen Bruch des Schädels, sowie eine Gehirnerschütterung erlitten, wurde mittels Lüd'schen Krankenwagens nach dem städtischen Krankenhaus Friedrichshain geschafft, woselbst er hoffnungslos darniederliegt.

Erschossen hat sich in der verwichenen Nacht in einem Hotel der Friedrichstraße (Centralhotel) ein betragter Herr, der sich für den Kaufmann Paul Ehlerz aus Stolp ausgegeben und den Gasthof wenige Stunden vor der That aufgegeben hatte. Das sofort benachrichtigte zweite Polizeirevier ließ den unbekanntem Herrn noch lebend in einem Krankenhause zuführen; der Unglückliche, der sich in die rechte Schläfe geschossen hatte, erlag aber bereits unterwegs der Verwundung.

Brutal verlegt wurde am Sonnabend voriger Woche die Arbeiterfrau Hulda Gütner, Georgenkirchstr. 67, von dem in demselben Hause wohnenden Tischler August Kühn. Der achtjährige Sohn Paul der ersteren war mit dem gleichaltrigen Sohn Karl des Tischlers Kühn in Streit gerathen. Kühn stürzte in die Gütner'sche Wohnung, versuchte dort, den Knaben zu mißhandeln und warf sich auf die Mutter, die sich schützend vor ihr Kind gestellt hatte. Er schlug sie mit Faustschlägen und bearbeitete sie dann mit den Fingern. Frau U. mußte sofort zu Bette gebracht werden und starb gestern Morgen um 7 1/4 Uhr an den erlittenen Verletzungen. Kühn ist im Laufe des gestrigen Tages verhaftet, die Leiche durch Verfügung der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Ein großer Brand hat in der Nacht zu Freitag das fiskalische Grundstück Bergmannstr. 68 heimgesucht, das zur Zeit als Ställeplatz vermietet ist und sich das Mische Fuhrgeschäft befindet. Um 10 Uhr 55 Minuten wurde auf dem Grundstück ein Feuer bemerkt, das sehr schnell mehrere Stallgebäude, große Bretterschuppen und ein einstöckiges Wohnhaus mit darüber liegendem Futterboden ergriffen hatte. Es gelang noch, die in den Ställen stehenden 20 Pferde herauszuschaffen, einige der Thiere hatten aber schon erhebliche Brandwunden erlitten, und eins war schon so verbrannt, daß es der Abdeckeri übergeben werden mußte. Der Umstand, daß die Halle'sche Vorstadt keine Feuerwache hat, verzögerte das Erscheinen der Feuerwehr; als diese endlich zur Stelle war, war das Feuer bereits nach dem Nachbargrundstück übergesprungen und hatte dort Rüstzeug u. dgl. ergriffen. Ueber zwei Stunden hatte die Feuerwehr anstrengend zu thun.

Der Steinmetz Ernst Schulz in Weihensee ersucht alle die Personen um Mittheilung ihrer Adresse, die Zeuge waren, wie er in der Montag Nacht kurz vor 12 Uhr in der Sedanstraße von einem Beamten mit dem Sabel geschlagen worden ist. Herr Schulz wohnt Weihensee, Sedanstr. 33b.

Wir geben folgender und zugesicherten Berücksichtigung Raum: Auf die in der 1. Beilage Ihrer Zeitung vom Dienstag, den 25. April, unter der Epigraphen „Eine prächtige Illustration“ abgedruckte Mittheilung sieht sich der unterzeichnete Konvent der Frauen Schwestern zu folgender Erklärung genöthigt.

Es ist eine Unwahrheit, daß man in unserem Hause einen Kranken (oder eine Kranke) protestantischen Glaubens zur Ablegung einer Beichte unter katholischen Religionsformalitäten genöthigt hat. Es ist ferner eine Unwahrheit, daß die Kranke unter diesen Umständen und um sie eventuell vor einem Mißfall zu bewahren“ die Anstalt verlassen hat; es geschah dies vielmehr, weil die Kranke ärztlicherseits für soweit hergestellt erklärt wurde, daß sie ohne Gefährdung ihrer Gesundheit nach ihrer Behausung entlassen werden konnte.

Der Konvent der Frauen Schwestern. Clotilde Biesel, Oberin. Sowie die Zuzuhilfen. Auf die Angelegenheit selber werden wir in einer der nächsten Nummern zurückkommen.

Marktpreise in Berlin am 27. April, nach Ermittlungen des Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kg. guter von 16,40—16,10 M., mittlerer von 16,00—15,80 M., geringer von 15,70—15,40 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,80—13,60 M., mittlerer von 13,50—13,30 M., geringerer von 13,20—13,00 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,00—15,50 M., mittlerer von 15,40—15,00 M., geringer von 14,90—14,40 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von 0,00 bis 0,00 M. Heu per 100 Kilogr. von 0,00—0,00 M. Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—24,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 80,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,80—1,00 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 4,00—2,40 M. Fische per 1 Kg.: Karpen von 2,40—1,20 M. Wale von 8,00—1,40 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,60 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Weis von 1,40 bis 0,60 M. Krebse per 60 Stück von 12,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 26. d. Mts. Abends gerieth vor dem Hause Friesenstraße 92 ein vierjähriger Knabe unter die Räder eines Schläglerwagens und erlitt eine so bedeutende Verletzung am Fuße, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Am 27. d. Mts. Morgens wurde in der Spree bei der Weidenbrücke die Leiche eines unbekanntem etwa vierzigjährigen Mannes angeschwemmt. — Vormittags wurde ein Kaufmann in seiner Wohnung, in der Schulstraße, mit einer Schußwunde an der Schläfe todt aufgefunden. Es liegt ungewissheit Selbstmord vor. — An der Ecke der Linten- und Fühlstraße wurde Nachmittags ein zwölfjähriger Knabe durch einen Geschäftswagen überfahren und erlitt ansehend innere Verletzungen. — In einem Hotel wurde Abends ein etwa dreißigjähriger Mann mit einer schweren Schußwunde am Kopfe aufgefunden und nach der Charitee gebracht. — In einem Stallgebäude auf dem Grundstück Bergmannstraße 67 entstand Abends Feuer, das auch das einstöckige Wohnhaus mit darüber liegendem Futterboden, einen Bretterschuppen und Rüstzeug auf dem Nachbargrundstück ergriff. Von den im Stalle untergebrachten vierundzwanzig Pferden verbrannten drei und eins wurde schwer verletzt, so daß es der Abdeckeri übergeben werden mußte. — Außerdem fanden im Laufe des Tages vier kleine Brände statt.

